



18.052

**Für einen vernünftigen
Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen
der ganzen Familie.
Volksinitiative**

**Pour un congé de paternité
raisonnable – en faveur
de toute la famille.
Initiative populaire**

Zweitrat – Deuxième Conseil

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.06.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.06.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.09.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.09.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.09.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 27.09.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.09.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

18.441

**Parlamentarische Initiative
SGK-SR.
Indirekter Gegenentwurf
zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative**

**Initiative parlementaire
CSSS-CE.
Contre-projet indirect à l'initiative
pour un congé de paternité**

Zweitrat – Deuxième Conseil

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.06.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.06.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.09.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.09.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.09.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 27.09.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.09.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Discutiamo oggi un'iniziativa popolare e tre contro-



progetti, due diretti e uno indiretto. Vi do alcune informazioni importanti sullo svolgimento del dibattito. I testi trattano la questione di un congedo di paternità rispettivamente di un congedo parentale. Ci sono diverse proposte concernenti la durata di questo congedo, a dipendenza della sua forma, di paternità o parentale. Per questa ragione vi propongo un unico dibattito comprendente la discussione generale sull'iniziativa popolare, l'entrata in materia sui tre controprogetti, così come le deliberazioni di dettaglio sul controprogetto indiretto, sul controprogetto diretto e sull'iniziativa popolare. Questo significa che le undici proposte di minoranza saranno esposte in un unico dibattito e che alla fine della discussione voteremo sulle proposte di entrata in materia o non entrata in materia e, a seconda dell'esito della votazione, sulle proposte che riguardano l'esame di dettaglio.

Dopo la discussione cominceremo con l'oggetto 18.441, cioè con il controprogetto indiretto, nel quale sono proposte le differenti forme di congedo parentale e congedo di paternità. Proseguiremo con l'oggetto 18.052, cioè con il decreto federale sull'iniziativa popolare e i controprogetti diretti.

Kutter Philipp (C, ZH), für die Kommission: Zuerst danke ich für die Art der Organisation der Debatte. Ich denke, dass wir auf diese Weise am besten den Überblick behalten.

Wir behandeln heute die Volksinitiative "für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie" sowie den indirekten Gegenvorschlag des Ständerates. Die Volksinitiative verlangt die Einführung eines gesetzlichen Anspruchs auf einen mindestens 4-wöchigen Vaterschaftsurlaub. Der Gegenvorschlag sieht vor, dass Väter innerhalb von sechs Monaten ab Geburt des Kindes einen bezahlten Urlaub von 2 Wochen beziehen können.

Ihre Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur hat sich an mehreren Sitzungen mit dem Anliegen auseinandergesetzt. Sie empfiehlt Ihnen die Volksinitiative mit 13 zu 10 Stimmen bei 1 Enthaltung zur Ablehnung. Mit 15 zu 10 Stimmen unterstützt sie den indirekten Gegenvorschlag.

Zur Debatte stand auch das Konzept eines Elternurlaubs oder einer Elternzeit. Mit 16 zu 9 Stimmen setzte sich der 2-wöchige Vaterschaftsurlaub gegen den Elternurlaub durch. Das Konzept des Elternurlaubs bleibt in verschiedenen Minderheiten sichtbar. Ich verweise dazu auf Seite 6 der Fahne, insbesondere auf Artikel 16d: Die Minderheit I (Chevalley) fordert einen Elternurlaub von je 14 Wochen für Mutter und Vater; die Minderheit II (Reynard) fordert einen Elternurlaub von 38 Wochen, wobei jedem Elternteil mindestens 14 Wochen zustehen; die Minderheit III (Kälin) fordert gar einen Elternurlaub von 52 Wochen, wobei jeder Elternteil die Hälfte bezieht. Auch zum Vaterschaftsurlaub gibt es verschiedene Minderheiten, die Sie auf Seite 15 der Fahne bei Artikel 16k finden: Die Minderheit V (Wüthrich) möchte den indirekten Gegenentwurf der Volksinitiative gleichsetzen und den Vätern 4 Wochen zugestehen; die Minderheit VI (Kälin) möchte den indirekten Gegenvorschlag gar auf 8 Wochen Urlaub ausbauen. So viel zu den Varianten.

Jede Variante hat natürlich ein Preisschild. Wir haben dazu Berechnungen vom Bundesamt für Sozialversicherungen erhalten: Die 2 Wochen Vaterschaftsurlaub gemäss indirektem Gegenvorschlag kosten gemäss Schätzung 229 Millionen Franken pro Jahr und sind bereits budgetiert; 4 Wochen kosten 458 Millionen Franken pro Jahr; 8 Wochen kosten 916 Millionen Franken pro Jahr. Die geschätzten Kosten für den Elternurlaub liegen erwartungsgemäss nochmals deutlich höher: 28 Wochen Elternurlaub kosten demnach 1,6 Milliarden Franken pro Jahr; 38 Wochen kosten je nach Ausgestaltung zwischen 2,3 und 2,7 Milliarden Franken pro Jahr; 52 Wochen kosten 3,8 Milliarden Franken. Würden diese Modelle wie üblich über die Erwerbsersatzordnung finanziert, müssten die Lohnbeiträge mehr als verdoppelt werden.

Sie sehen also, wir haben heute viele Varianten auf dem Tisch, und ich erwarte eine entsprechend vielfältige Debatte. Die politische Lage ist aber einfacher, als es auf den ersten Blick erscheint.

Gerne erläutere ich Ihnen nun die Position der Kommissionsmehrheit: Wir sind der Ansicht, dass die aktuelle gesetzliche Regelung nicht mehr genügt. Heute erhalten junge Männer, die Väter werden, nur einen Tag Urlaub. Gleich viel Urlaub erhalten sie, wenn sie umziehen. Das ist nicht mehr zeitgemäß. Es ist aus Sicht der Mehrheit Zeit für einen Vaterschaftsurlaub.

Mit der Einführung eines solchen Urlaubs senden wir ein wichtiges Signal an die Familien und an alle jungen Männer. Wir sagen ihnen: Ihr werdet zu Hause gebraucht. Wir sagen ihnen auch: Ihr sollt eine aktive Rolle in der Betreuung eurer Kinder übernehmen, und der Staat unterstützt dies mit einem Urlaub von 2 Wochen.

Wie erläutert, ist im Zuge der Beratung das Konzept Elternurlaub dazugekommen, das viel weitreichender ist. Ich verstehe das Anliegen, und es kann gut sein, dass 2 Wochen Vaterschaftsurlaub nur der nächste Schritt sind. Aus Sicht der Kommissionsmehrheit ist es trotz allem ein wichtiger Schritt. Es ist die Antwort auf eine Volksinitiative, die 4 Wochen fordert, und es ist die Antwort auf ein berechtigtes gesellschaftspolitisches Anliegen. Mit dem Gegenvorschlag können wir heute einen wichtigen Schritt machen.

Gleichzeitig nimmt der Gegenvorschlag auch Rücksicht auf die Anliegen der Wirtschaft. 2 Wochen sind auch



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2019 • Dritte Sitzung • 11.09.19 • 08h00 • 18.052
Conseil national • Session d'automne 2019 • Troisième séance • 11.09.19 • 08h00 • 18.052



für kleinere und mittlere Betriebe zu bewältigen. Die Regelung ermöglicht flexible Lösungen, und die Finanzierung ist gesichert.

Der Gegenvorschlag berücksichtigt schliesslich auch die Situation der Sozialversicherungen. Wie Ihnen bekannt ist, bestehen da grosse Herausforderungen, die mit der demografischen Entwicklung nicht kleiner werden.

Zu den Minderheiten: In der Kommission haben sich zwei Minderheiten herauskristallisiert. Da ist eine Minderheit, die an der bestehenden gesetzlichen Regelung festhalten möchte. Sie möchte in die Vertragsfreiheit zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht eingreifen und fürchtet zusätzliche Belastungen für die KMU.

Der anderen Minderheit gehen die 2 Wochen zu wenig weit. Überhaupt hält sie den Vaterschaftsurlaub inzwischen für das falsche Konzept und favorisiert den Elternurlaub mit 28, 38 oder 52 Wochen. Nur ein Elternurlaub in dieser Grössenordnung habe eine nachhaltig positive Wirkung auf die Rollenbilder und die Gesundheit der Familie.

Diese weiter gehenden Anträge für einen umfangreicheren Vaterschaftsurlaub oder einen Elternurlaub fanden in der Kommission keine Mehrheit. Im Namen der Kommissionsmehrheit ersuche ich Sie, diese abzulehnen. Es lohnt sich, den Vaterschaftsurlaub familienpolitisch etwas einzuordnen. Mit dem Vaterschaftsurlaub senden wir – wie gesagt – ein klares Signal, dass eine aktive Rolle

AB 2019 N 1443 / BO 2019 N 1443

der Männer in der Familie erwünscht ist, und wir schaffen den strukturellen Rahmen dafür. Aber jeder Vaterschaftsurlaub, egal wie lange er dauert, endet irgendwann. Jede Elternzeit endet irgendwann. Es bringt nichts, wenn die jungen Väter, die in der ersten Zeit zu Hause sind, dann wieder in ihrem 150-Prozent-Job verschwinden.

Als Familienpolitiker und Vater zweier Mädchen sage ich Ihnen: Wenn wir die Familien stärken wollen, wenn wir die traditionellen Rollenmodelle durchbrechen wollen, wenn wir die Rolle der Väter nachhaltig stärken wollen, dann dürfen wir nicht die ganze volkswirtschaftliche Kraft in den Vaterschaftsurlaub investieren. Es gibt andere Massnahmen, die ebenfalls wichtig sind und die vielleicht nachhaltiger sind. Dazu drei Beispiele: gut ausgebauter Betreuungsangebote; Teilzeitmodelle, die weiterhin eine berufliche Karriere ermöglichen; ein Steuersystem, bei dem es sich lohnt zu arbeiten.

Schliesslich braucht es auch ein Umdenken der Väter – es braucht ein Umdenken von uns Vätern. Wir müssen uns Zeit nehmen, und zwar nicht nur im ersten Jahr. Wir müssen Windeln wechseln, auf dem Spielplatz assistieren und nachts um drei aufstehen. Das ist anstrengend, und ich kenne Väter, die sich auf die Arbeit freuen, weil dort niemand dreinschreit.

Wir müssen umdenken, sonst blicken wir irgendwann zurück, wie die Generation vor uns, und bedauern, dass wir zu Hause so wenig dabei waren. Ich verbinde daher meine Unterstützung für den Vaterschaftsurlaub mit der klaren Aufforderung an uns Männer, dass wir uns wirklich zu Hause engagieren – während des Vaterschaftsurlaubs und vor allem auch nach dem Vaterschaftsurlaub.

Zusammenfassend halte ich fest: Die Mehrheit der Kommission beantragt Ihnen Zustimmung zu einem Vaterschaftsurlaub von 2 Wochen. Wir sind überzeugt, dass das der Schritt ist, der den verschiedenen Anliegen – den familienpolitischen, den sozialpolitischen und den wirtschaftspolitischen – am besten Rechnung trägt und diese in Einklang bringt.

Ich ersuche Sie, alle weiter gehenden Minderheiten abzulehnen, auch das ziemlich neue Konzept des Elternurlaubs. Dafür wäre neben zusätzlichen finanziellen Mitteln auch eine umfassende Auslegeordnung nötig. Allen, die sich eine solche Regelung wünschen, empfehle ich, dies in einem separaten, nächsten Schritt anzugehen.

Chevalley Isabelle (GL, VD): Monsieur Kutter, vous avez parlé des coûts des différentes variantes. Pour que la femme puisse vraiment travailler, les études ont montré qu'il faudrait un congé-paternité d'au moins 8 semaines. Ce n'est qu'à partir de ces 8 semaines qu'il y aurait une égalité des chances pour les femmes dans leur carrière professionnelle. Mais vous n'avez jamais parlé des gains que le travail des femmes pourrait apporter à l'Etat: cela apporterait des impôts, et éviterait le risque qu'elles émargent à l'assistance sociale.

Pourquoi ne parlez-vous pas des gains qu'un congé parental – un vrai congé parental, pas un de 2 semaines – pourrait apporter?

Kutter Philipp (C, ZH), für die Kommission: Danke schön für die Frage, geschätzte Kollegin Chevalley! Natürlich gibt es Gewinne. Das ist tatsächlich auch unbestritten. Sie sind aber schwierig zu quantifizieren. Ich bin sehr dafür, dass Frauen und Männer arbeiten gehen und dass sie sich beide gleichberechtigt an der Familienarbeit beteiligen. Aber dafür braucht es – das wissen Sie genauso wie ich – vor allem auch Betreuungsangebote,



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2019 • Dritte Sitzung • 11.09.19 • 08h00 • 18.052
Conseil national • Session d'automne 2019 • Troisième séance • 11.09.19 • 08h00 • 18.052



und es braucht Teilzeitmodelle, mit denen man bezüglich beruflicher Entwicklung nicht aufs Abstellgleis gerät. Darum bin ich der Meinung, dass wir nicht die ganze Kraft auf die allererste Zeit verwenden sollten, sondern dass wir die Phase der Betreuung, wenn die Kinder aufwachsen, als Ganzes betrachten sollten.

Wermuth Cédric (S, AG): Ich habe eine Frage im Anschluss an die Formulierung, die Sie sinngemäss benutzt haben: "Es wäre gut, wenn die Frauen arbeiten gehen würden." Das unterstellt ein bisschen, Kindererziehung sei keine Arbeit.

Wurde in der Diskussion in der Kommission auch die Frage aufgenommen, dass wir heute faktisch die Situation haben, dass die Unternehmen und der Staat von den Familien subventioniert werden, weil diese sich völlig selber um die Kosten der Kinderbetreuung kümmern? Niemand anderes muss dafür aufkommen, obwohl wir als Gesellschaft auf Kinder angewiesen sind.

Kutter Philipp (C, ZH), für die Kommission: Wir haben in der Kommission tatsächlich sehr viel diskutiert, und ich kann Ihnen sagen: Die Leistung der Familien anerkenne ich zu hundert Prozent; das können Sie mir glauben. Ich bin sogar der Meinung, dass wir von der CVP diese Leistung am meisten anerkennen. Wir sind auch diejenigen, die sich für die Entlastung der Familien auf allen Ebenen konsequent einsetzen, mit Zeit, mit Geld, mit Raum. Da würde ich mir manchmal etwas mehr Unterstützung vonseiten Ihrer Partei wünschen.

Wüthrich Adrian (S, BE): Vielen Dank für die Ausführungen aus der Kommission!

Sie haben jetzt die Frage rund um die Kosten aufgeworfen und gesagt, man könne die direkten Gewinne, die durch die Lösung entstehen, welche die Kommission jetzt vorschlägt, nicht quantifizieren. Ist es nicht so, dass die Unternehmen, die heute bereits einen Vaterschaftsurlaub anbieten und diesen selber bezahlen, mit der Lösung, welche die Kommission jetzt vorschlägt, weniger Kosten haben? Können Sie bestätigen, dass die Unternehmen, welche jetzt schon freiwillig einen Vaterschaftsurlaub anbieten, durch den Vorschlag der Kommission wirklich entlastet werden?

Kutter Philipp (C, ZH), für die Kommission: Besten Dank für diese Frage, geschätzter Kollege Wüthrich! Es ist tatsächlich so, dass wir mit der vorgeschlagenen Lösung in einem gewissen Sinne auch gleich lange Spieseschaffen. Es gibt tatsächlich grosse Unternehmen, die heute schon sehr viel weiterreichende Modelle anbieten. Kleinere und mittlere Firmen können dies nicht tun, und mit diesem Vorschlag, den wir heute präsentieren, schaffen wir hier einen Ausgleich, sodass alle Firmen die Möglichkeit haben, einen Vaterschaftsurlaub anzubieten.

Bulliard-Marbach Christine (C, FR), pour la commission: La Commission de la science, de l'éducation et de la culture a examiné l'initiative populaire "pour un congé de paternité raisonnable – en faveur de toute la famille", qui vise l'instauration d'un droit légal à un congé-paternité d'au moins 4 semaines.

La commission s'est également penchée sur le contre-projet indirect proposé par le Conseil des Etats, qui prévoit d'accorder aux pères 2 semaines de congé payé à prendre dans les six mois qui suivent la naissance de l'enfant. Ce congé serait financé via les allocations pour perte de gains.

Par 15 voix contre 10, la commission s'est exprimée en faveur du contre-projet indirect. Par 13 voix contre 10 et 1 abstention, la commission propose de recommander au peuple et aux cantons le rejet de l'initiative.

La majorité de la commission estime qu'un congé-paternité répond clairement à un besoin de la population. Elle estime en outre qu'un congé-paternité aurait de nombreux effets positifs, notamment sur la conciliation entre vie familiale et vie professionnelle. La majorité de la commission voit également l'effet bénéfique sur l'économie qu'aurait ce type de congé, en facilitant le retour des femmes sur le marché du travail.

La majorité priviliege la formule des 2 semaines, proposée par le Conseil des Etats, en raison des coûts engendrés par ces mesures. Alors qu'un congé pour les pères de 2 semaines coûterait 224 millions de francs, ce qui signifie 0,05 à 0,06 point de pourcentage de cotisation salariale, un congé pour les pères de quatre semaines coûterait jusqu'à 450 millions de francs et représenterait 0,11 point de pourcentage de cotisation salariale. La formule des 2 semaines représente donc un fardeau moins grand pour les petites et moyennes entreprises.

Cependant, une minorité Pieren propose de ne pas entrer en matière sur le contre-projet indirect. En outre une

AB 2019 N 1444 / BO 2019 N 1444

minorité II (Wüthrich) recommande d'accepter l'initiative populaire. Une minorité V (Wüthrich) souhaite, dans le contre-projet indirect, porter la durée du congé-paternité à 4 semaines, comme cela est prévu dans l'initiative populaire. Enfin, une minorité VI (Kälin) souhaite, dans le contre-projet indirect, porter la durée du congé-pa-



ternité à 8 semaines, à prendre dans les douze mois suivant la naissance de l'enfant.

Je vous signale que la proposition alternative d'introduire un congé parental, c'est-à-dire un congé à partager entre les deux parents, a également été débattue par la commission lors de ses délibérations. Par 16 voix contre 9, la commission a décidé de privilégier la piste du congé-paternité, c'est-à-dire un congé pour les pères, comme le Conseil des Etats l'a décidé.

La majorité de la commission argumente en rappelant que la Suisse est obligée par le droit international de garantir au minimum 14 semaines de congé maternité à la mère. Il s'agit plus précisément de la Convention no 183 sur la protection de la maternité de l'Organisation internationale du travail, dont la Suisse est signataire. Par conséquent, d'entrée de jeu, la flexibilité d'un éventuel congé parental est fortement restreinte. Vu cette situation, la majorité de la commission préfère consentir un congé flexible pour les pères, dans le sens où il peut être pris, selon la préférence des personnes concernées, dans une période de six mois qui suit la naissance de l'enfant.

Cependant, trois minorités souhaitent remplacer dans le contre-projet indirect le congé-paternité par un congé parental. La minorité I (Chevalley) propose un congé parental pour la mère et le père, de 14 semaines pour chacun. La minorité II (Reynard) propose un congé parental de 38 semaines, dont 14 semaines seraient réservées à chacun des parents et dont les 10 semaines restantes seraient à répartir entre les deux parents. Je vous informe qu'une proposition de minorité, qui va aussi dans ce sens, a également été déposée à titre de contre-projet direct.

Enfin, la minorité III (Kälin) propose un congé parental de 52 semaines, dont la moitié serait réservée à chacun des parents.

J'en arrive à ma conclusion. La discussion sur la création d'un congé-paternité, comme avant elle la discussion sur le congé-maternité, a été de longue haleine. Aujourd'hui, nous avons une occasion presque inespérée de trouver enfin une formule gagnante. Une proposition raisonnable a été développée, apte à réunir une majorité au sein de notre Parlement. Elle est de plus conforme à la volonté d'un segment de plus en plus important de notre population.

Au nom de la majorité de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture, je vous demande d'approuver le contre-projet indirect du Conseil des Etats prévoyant un congé-paternité de 2 semaines à prendre dans les six mois suivant la naissance de l'enfant.

Reynard Mathias (S, VS): Je prends donc la parole pour présenter mes trois propositions de minorité.

Je commence avec ma proposition de la minorité VII, qui vise l'ajout de l'article 16n, "Rapport avec les réglementations cantonales". Nous proposons en effet d'inscrire la possibilité pour les cantons de "prévoir l'octroi d'une allocation de paternité plus élevée ou de plus longue durée et de prélever, pour le financement de cette prestation, des cotisations particulières".

L'idée est claire: pour de nombreux cantons, et notamment en Suisse romande, il y a une volonté d'aller plus loin, de mettre en place un congé-paternité plus ambitieux et d'avoir une vraie politique familiale moderne. L'ajout de cet alinéa permettrait d'inscrire clairement cette possibilité pour les cantons. Les débats en commission n'ont pas permis de déterminer avec certitude si les cantons auront en réalité cette compétence à l'avenir, si celle-ci ne figure pas de cette façon dans la loi. Si le Conseil fédéral peut nous assurer que cette possibilité existera bien pour les cantons, nous sommes évidemment prêts à retirer cette proposition.

Les deux autres propositions de minorité, les propositions I et II, prévoient toutes les deux l'instauration d'un congé parental de 38 semaines. Il s'agit de la seule véritable proposition d'avenir. Car s'il est évidemment mieux d'obtenir 2 semaines de congé-paternité plutôt que rien du tout, c'est loin, même très loin, d'être à la hauteur des attentes des familles, et le risque est fort de voir la situation bloquée à ce faible niveau pour les vingt prochaines années. Surtout, une si maigre avancée ne réglera en rien les problématiques se renforçant avec la maternité: les inégalités salariales, les discriminations des jeunes femmes sur le marché du travail, la répartition des tâches domestiques, les licenciements au retour d'un congé maternité ou encore les temps partiels très inégalement obtenus.

Seul un vrai changement dans notre façon d'appréhender la naissance d'un enfant permettra de résoudre ces inégalités. Pour l'immense majorité des gens de ma génération, il est totalement absurde de renvoyer l'entièvre responsabilité de l'arrivée d'un enfant sur la mère. Nous souhaitons au contraire pouvoir nous investir autant, dans ces moments et dans l'éducation de nos enfants. Nous souhaitons un modèle plus égalitaire, plus juste, où le père et la mère se partagent cette implication, avec tout ce qu'elle peut avoir de difficile et de merveilleux à la fois.

Ces minorités proposent donc la mise en place d'un congé parental de 38 semaines, comme le recommande la Commission fédérale de coordination pour les questions familiales. Ce congé parental serait réparti de la



façon suivante: 14 semaines pour la mère, comme c'est déjà le cas aujourd'hui, 14 semaines pour le père et 10 semaines à se répartir entre les parents, afin de laisser aux couples une certaine flexibilité pour s'organiser comme ils le souhaitent. Ce serait alors une véritable avancée pour les familles, qui aurait des conséquences concrètes sur le fonctionnement de notre société et sur l'organisation des familles de Suisse.

La proposition est ambitieuse, c'est vrai, mais elle reste malgré tout très modérée en comparaison internationale. En effet, la moyenne de l'OCDE est de plus de 54 semaines de congé entre les deux parents. Nous resterions donc largement en-dessous de cette moyenne et très, très loin des modèles à succès des pays scandinaves.

Cette proposition vous sera soumise à deux reprises au vote: une fois dans le cadre du débat sur le contre-projet indirect, et une autre fois comme contre-projet direct. Ce dernier permettrait au peuple de se prononcer à la fois sur l'initiative pour 4 semaines de congé-paternité et sur le modèle de congé parental de 38 semaines. J'entends déjà les cris d'effroi de la droite de ce Parlement quant au financement d'un tel congé parental. Tout d'abord, je les relativise parce que ce sont les mêmes que l'on entend lorsque l'on parle d'un congé-paternité de 2 semaines. En fait, il convient surtout de regarder les chiffres de plus près. Un congé parental de 38 semaines pourrait être financé de différentes façons. Une des variantes serait un financement par les allocations pour perte de gain (APG): cela nécessiterait une hausse de 0,2 pour cent pour l'employé et 0,2 pour cent pour l'employeur, selon la Commission fédérale de coordination pour les questions familiales, un peu plus selon l'administration fédérale – je n'entrerai pas dans cette guerre de chiffres. D'autres variantes conviendraient également: cela peut être un financement par la TVA, par une augmentation de 0,4 pour cent, ou par un financement mixte sur le modèle de l'AVS, entre des cotisations, APG en l'occurrence, et la caisse fédérale. Alors que la Confédération entrevoit un excédent de 2,8 milliards de francs pour 2019, le financement d'un congé parental ne pose strictement aucun problème dans notre pays.

Surtout, la mise en place d'un congé parental est un bon investissement pour l'ensemble de la société: pour les familles, pour la conciliation entre vies familiale et professionnelle, pour le bien-être de la mère, pour l'implication du père, pour le développement de l'enfant, pour une répartition des tâches plus égalitaire, pour la natalité ou encore pour l'égalité salariale.

La Commission fédérale de coordination pour les questions familiales rappelle d'ailleurs que les modélisations pour l'Union européenne montrent qu'une augmentation de seulement 1 pour cent du taux d'emploi des femmes générerait

AB 2019 N 1445 / BO 2019 N 1445

suffisamment de recettes fiscales pour compenser un tel congé parental.

Les retombées économiques sont également incontestables en termes de productivité, de moral au travail, de taux d'emploi des femmes, ce qui explique que de nombreuses grandes entreprises en Suisse ont déjà mis en place un tel congé.

Je vous recommande donc vivement de faire ce pas maintenant et de soutenir un congé parental digne de ce nom.

Wüthrich Adrian (S, BE): Ich gebe zuerst meine Interessenbindung bekannt: Ich bin der Präsident des Trägervereins der Initiative, über die wir heute sprechen, des Vereins "Vaterschaftsurlaub jetzt!".

Es ist historisch bedeutend, dass wir heute über diesen Vaterschaftsurlaub diskutieren können, nachdem der Ständerat bereits einer Dauer von 2 Wochen zugestimmt hat und da die Kommission jetzt 2 Wochen vorschlägt. Es ist historisch bedeutend, weil bis jetzt in diesem Saal und in diesem Bundeshaus nie eine Mehrheit für einen Vaterschaftsurlaub oder eine Elternzeit zustande gekommen ist. Das muss gesagt werden, auch wenn ich jetzt meine Minderheiten vertrete, die 4 Wochen Vaterschaftsurlaub wollen.

Ich möchte Ihnen meine Minderheiten beliebt machen: Die erste Minderheit will im Gegenvorschlag den Anspruch von 2 auf 4 Wochen erweitern – das ist die Minderheit V (Wüthrich), die von zehn Mitgliedern der Kommission unterstützt wird. Die zweite Minderheit, die ich vertrete, will im Bundesbeschluss die Initiative zur Annahme empfehlen. Diese Minderheit II (Wüthrich) beim Bundesbeschluss zur Initiative wird ebenfalls von zehn Kolleginnen und Kollegen aus der WBK-NR vertreten. Ich bitte Sie, den Anträgen dieser zwei Minderheiten zu folgen. Wieso?

Das Initiativkomitee hat nichts dagegen, die Forderungen der Initiative entweder direkt aufzunehmen oder indirekt mit einem Gesetz und die 4 Wochen so umzusetzen. Es braucht den Umweg über die Initiative, über die Verfassung nicht. Deshalb: Wenn wir das direkt in dieses Gesetz schreiben, wäre der Initiative natürlich Genüge getan.

Selbstverständlich ist aber unsere Initiative der Kompromiss. Sie ist nicht der Kompromiss, den jetzt die Kom-



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2019 • Dritte Sitzung • 11.09.19 • 08h00 • 18.052
Conseil national • Session d'automne 2019 • Troisième séance • 11.09.19 • 08h00 • 18.052



mission vorschlägt, sondern unsere Initiative will eine Brücke schlagen. Unsere heutige Nulllösung sieht keinen Vaterschaftsurlaub vor. Wir haben heute im Gesetz keinen Buchstaben zu einem Vaterschaftsurlaub. Es hat sich aus dem OR ergeben, dass die Männer einen Tag bezahlt erhalten, wenn sie Vater werden. Die Initiative ist ein Kompromiss zwischen dieser Nulllösung und einem ausgebauten Elternzeitmodell, das mein Vorredner präsentiert hat und meine Nachrednerinnen noch präsentieren werden.

Sie ist ein Kompromiss, der für die Familien in der Schweiz gut ist. Sie ermöglicht das Minimum an guten und wichtigen Folgen einer längeren Zeit, die die Väter bei ihren Familien verbringen können. Denn erst durch eine 4-wöchige Vaterschaftsurlaubszeit können wir die Vorteile punkto Gleichstellung, punkto Vereinbarkeit wirklich sehen, und da sind die 4 Wochen eben wichtig und nötig. Deshalb haben wir in unserer Initiative 4 Wochen vorgeschlagen. Es ist wirklich das Minimum, was wir Ihnen vorschlagen.

Die heutigen Väter wollen präsente Väter sein, die heutigen Familien wollen diese Zeit, sie brauchen diese Zeit. Der Vaterschaftsurlaub ist schon längst nötig. Die Väter wollen nicht mehr Erziehungsassistenten oder Praktikanten in der Familie sein. Nein, sie wollen in der Familie gleichberechtigt mitarbeiten, miterziehen. Wir sehen auch, dass es nicht nur in der Schweiz diese Diskussion gibt. Wir sind vielleicht die Letzten, die diese Diskussion jetzt noch führen und Entscheide fällen. In ganz Europa sehen wir in allen Ländern Lösungen, Vaterschaftsurlaub oder Elternzeitmodelle. Die Schweiz ist das einzige Land in Europa, das weder das eine noch das andere kennt.

Der Vaterschaftsurlaub von 4 Wochen ist nötig, er ist auch finanziert; wir haben es gezeigt. Die Initiative ist sehr moderat, pragmatisch, finanziert. Der Betrag von 448 Millionen Franken, von dem wir vom Bundesrat gehört haben, ist noch geringer als der im Elternzeitmodell, das die FDP-Liberalen mit den 16 Wochen vorschlagen, das morgen im Ständerat diskutiert wird. Die Initiative ist also sehr moderat, finanziert.

Diese 4 Wochen sind auch organisierbar. Ich war immer vier Wochen am Stück im Militärdienst. Mein Arbeitgeber musste diese Abwesenheiten mehrmals im Jahr auch organisieren. Ich habe nicht so viele Kinder, wie ich Militärdienste geleistet habe. Es ist also organisierbar.

Die Wirtschaft kann das verkraften. Wir haben in unserer Initiative sogar vorgesehen, dass der Bezug tageweise möglich ist. Die 20 Tage sind tageweise beziehbar. Der Arbeitnehmer hat das Recht, zu sagen, wann er das will und wie er das aufteilen will. Er ist tageweise flexibel einsetzbar, und es wird die Unternehmen nicht vor unlösbare organisatorische Probleme stellen.

Also, machen wir jetzt einen ersten Schritt. Diskutieren wir nicht mehr hundert Modelle, wie es über dreissig Vorstösse in diesem Rat gewollt haben, sondern konzentrieren wir uns auf ein Modell, und sagen wir Ja zu einem Vaterschaftsurlaub von 4 Wochen. Das ist der Kompromiss.

Ich bitte Sie deshalb, meinen beiden Minderheiten zu folgen. Ich werde dann im Fraktionsvotum noch auf weitere Argumente eingehen.

Ich bitte Sie also, beim Gegenvorschlag die Minderheit V und beim Bundesbeschluss über die Volksinitiative die Minderheit II zu unterstützen. 4 Wochen Vaterschaftsurlaub – das ist der Kompromiss. Ich danke Ihnen, wenn Sie diesen beiden Anträgen folgen.

Pieren Nadja (V, BE): Ich gönne allen frischgebackenen Vätern und auch den Müttern möglichst viel gemeinsame Zeit mit ihrem neuen Familienmitglied. Die ersten Wochen und Monate sind für eine junge Familie eine grosse Umstellung. Der Alltag als Familie mit einem Neugeborenen erfordert viel Flexibilität, schenkt einem aber unendlich viel Freude. So ermuntere ich alle Väter, sich möglichst viel Zeit für ihre Familie zu nehmen – aber nicht nur während der ersten paar Wochen und Monate nach der Geburt.

Ein guter Vater ist man nicht dann, wenn man lediglich in der ersten Zeit des Lebens eines Kindes die gemeinsame Zeit geniesst. Nein, ein guter Vater ist man, wenn man ein Leben lang oder mindestens achtzehn Lebensjahre für sein Kind da ist, ihm Zeit schenkt, ihm zuhört, seine Sorgen teilt und ihm den Rücken stärkt. Es gilt, zusammen mit der Mutter, gleichberechtigt als Familie die grosse und schöne Verantwortung zu übernehmen, ein Kind auf seinem Weg ins Erwachsenenalter zu begleiten und zu unterstützen.

Ein staatlich finanziertes Vaterschaftsurlaub von 2 Wochen ist zwar auf den ersten Blick nett. Wenn man sich aber etwas vertieft Gedanken macht, merkt man schnell, dass diese 2 Wochen für viele Beteiligte eine grosse Herausforderung sind und viele gute, von der Wirtschaft bereits gelebte Initiativen abwürgen. Folgen sind weniger Lohn für alle Arbeitnehmenden, mehr Ausgaben für den Staat und ein grosser Bürokratieberg für Arbeitgeber, was im schlimmsten Fall Arbeitsplätze gefährdet, ferner steigende Sozialversicherungskosten, welche die nächsten Generationen finanzieren müssen, und fixe staatliche Regulierungen, welche den Wettbewerb unter den Arbeitgebern einschränken.

Schon nur die direkten Kosten für einen 2-wöchigen Vaterschaftsurlaub belaufen sich auf rund 225 Millionen Franken. Die Folgekosten, welche für alle Unternehmen durch organisatorische Herausforderungen entstehen,



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2019 • Dritte Sitzung • 11.09.19 • 08h00 • 18.052
Conseil national • Session d'automne 2019 • Troisième séance • 11.09.19 • 08h00 • 18.052



summieren sich dann sogar auf praktisch eine Milliarde Franken.

Ein Vaterschaftsurlaub stellt besonders einen kleinen Betrieb mit wenigen Mitarbeitenden vor grosse Herausforderungen. Bei einem Grossauftrag beispielsweise braucht es unter Umständen alle Mitarbeitenden im Betrieb – Ferien sind in dieser Zeit nicht möglich. Wenn nun ein Mitarbeiter genau in dieser Zeit für 2 Wochen ausfällt, stellt das einen Unternehmer und auch die Arbeitskollegen vor grosse Probleme. Für eine so kurze Zeit kann kein Ersatzmitarbeiter eingestellt und eingearbeitet werden. Auch der grosse Bürokratieaufwand, welchen eine Anmeldung für die EO-Gelder mit sich bringt, ist für 2 Wochen unverhältnismässig.

AB 2019 N 1446 / BO 2019 N 1446

In Zeiten, in denen wir nicht wissen, wie wir die AHV sanieren können, ist es ein falscher Anreiz, eine andere Sozialversicherung auszuhöhlen. Steigende Sozialkosten sind kein guter Start ins Leben und belasten die nächsten Generationen. Junge Familien leiden heute auch an immer höheren Steuern und Abgaben. Freiheit und Eigenverantwortung sind meines Erachtens der richtige Weg zu einer guten, liebevollen und stabilen Beziehung zwischen den Eltern und ihren Kindern. Das kann ein staatlich finanziertes Elternurlaub nicht ersetzen. Eine weitere staatliche Regulierung ist schlachtweg unnötig, denn bereits heute bieten zahlreiche kleine, mittlere und grosse Unternehmen ihren Mitarbeitern bei der Geburt ihres Kindes einen freiwilligen Vaterschaftsurlaub bzw. einen verlängerten Mutterschaftsurlaub an. Solche Initiativen sollte man nicht staatlich regulieren. Es ist doch genau diese Eigeninitiative, die die Schweizer Wirtschaft so stark macht, und das ganz ohne staatlichen Zwang, ohne Bürokratie und ohne die Allgemeinheit mit höheren Lohnabzügen zu belasten. Die hier vorgeschlagene staatliche Regulierung hätte zur Folge, dass alle, welche heute unkompliziert und ohne Bürokratieaufwand von einem geschenkten Vaterschaftsurlaub profitieren, sogar schlechtergestellt würden. Bei einem staatlichen Urlaub würden den Vätern nur 80 Prozent des Lohnes ausbezahlt. Zudem würden bestimmt einige Unternehmen, welche heute mehr als nur 2 Wochen anbieten, ihr Geschenk kürzen und dem staatlich verordneten Minimum anpassen. Oder es würden Ferien gekürzt, welche freiwillig über die 4 Wochen angeboten werden. Der Wettbewerb um gute Arbeitsbedingungen unter den Arbeitgebern würde eingeschränkt und durch eine starre und teure staatliche Lösung ersetzt. Wir sind gegen noch mehr Bürokratie, welche die positive Eigenverantwortung ersetzt. Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, meinen Minderheitsantrag auf Nichteintreten auf diesen indirekten Genvorschlag zu unterstützen, und danke Ihnen ganz herzlich.

Kälin Irène (G, AG): Sie haben erwähnt, es sei gerade für kleine Unternehmen offenbar nicht möglich, einen minimalen Vaterschaftsurlaub von 2 Wochen zu organisieren. Können Sie mir erklären, wie es dann gerade kleine Unternehmen schaffen, Männer und gelegentlich auch Frauen für den Militärdienst, der einiges länger dauert, regelmässig freizustellen?

Pieren Nadja (V, BE): Ja, weil sie sich dort organisieren. Jetzt kommen noch zusätzlich Ferien. Gerade Unternehmen, die wenige Mitarbeitende haben, bieten oft im freien Markt Möglichkeiten und bessere Arbeitsbedingungen an, um ihre Arbeitsplätze attraktiver zu machen. Das ist genau der Unterschied. In einem kleinen Betrieb hat man dann zum Beispiel vielleicht 5 oder 6 Wochen Ferien, nicht nur das staatliche Minimum. Das würde dann reduziert. Der Militärdienst ist organisiert. Dann würden noch zusätzlich 2 oder 4 oder 24 oder 38 Wochen dazukommen, und das würde dann wirklich auch irgendwann die Belastungsgrenze dieser Unternehmen sprengen.

Wüthrich Adrian (S, BE): Frau Pieren, ich habe Ihnen gut zugehört. Meinen Sie wirklich, die Unternehmen, die heute freiwillig einen Vaterschaftsurlaub anbieten – einige Unternehmen, die heute sehen, was der Vorteil eines Vaterschaftsurlaubes ist, haben 100 Prozent Lohnersatz –, würden ihre Lösung überdenken, die sie ja selber freiwillig eingeführt haben, um auf dem Arbeitsmarkt attraktiv zu sein, wenn wir heute eine Minimallösung beschliessen? Denken Sie wirklich, dass diese Unternehmen dann solche Überlegungen machen, wie Sie sie jetzt dargestellt haben, und dann sagen: "Ja, wir machen nur noch das Minimum"? Denken Sie wirklich, das machen die Unternehmen, die heute auf gute Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt angewiesen sind?

Pieren Nadja (V, BE): Schauen Sie, in der Wirtschaft ist das immer eine Kostenfrage: Man kann nicht mehr ausgeben, als man einnimmt. Hier, bei diesem Vaterschaftsurlaub, hätte das zur Folge, dass man auch als Arbeitgeber mehr ausgeben will. Schlussendlich muss man vielleicht entscheiden, ob man die Arbeitsplätze sichern will und deshalb vielleicht ein anderes attraktives Angebot reduziert. Oder will man mehr ausgeben und mehr Vaterschaftsurlaub als das staatliche Minimum anbieten?

Deshalb, vielleicht halt aus finanziellen Gründen, wird man dann Arbeitsplätze streichen oder Gesten, die einen



Arbeitsplatz attraktiv machen, zum Beispiel eben mehr Ferien als das staatlich verordnete Minimum. Einige Unternehmen bieten ihren Mitarbeitenden Gratis-GA oder Fitnessabos an. Irgendwo muss man finanziell auch im Gleichgewicht bleiben, Ausgaben und Einnahmen müssen in der Wirtschaft aufgehen. Mehr Ausgaben haben logischerweise irgendeine Folge.

Chevalley Isabelle (GL, VD): Actuellement, les femmes ont droit à 14 semaines de congé de maternité. Il est logique dès lors, au nom de l'égalité entre femmes et hommes, de proposer aussi un congé-paternité de 14 semaines pour les hommes, ceci pour autant que les deux parents travaillent. C'est le fond de ma proposition de minorité I.

On parle toujours des coûts d'un tel congé, mais il y a aussi des gains. Si les deux parents peuvent retravailler plus tôt, et davantage, après l'arrivée de l'enfant, cela aurait des effets très positifs aussi pour l'économie; des recettes fiscales supplémentaires et des cotisations plus importantes aux assurances sociales soulageraient les finances de l'Etat et contribueraient à l'amortissement des frais de formation. L'augmentation de l'activité lucrative des femmes ferait aussi baisser la dépendance vis-à-vis des prestations complémentaires et de l'aide sociale durant la vieillesse ou en cas de séparation, et par conséquent les dépenses de l'Etat.

Les 2 semaines proposées par la majorité de la commission sont une discrimination envers les PME, qui n'ont pas les moyens de payer des congés de paternité attractifs, contrairement aux plus grandes entreprises.

On se plaint de la baisse du taux de natalité, mais pensez-vous qu'une femme qui veut faire carrière ait encore envie de faire des enfants si elle sait d'avance qu'elle ne pourra pas partager la garde de son enfant avec son conjoint?

Si ma proposition de minorité I en faveur d'un congé parental est rejetée dans le contre-projet indirect, le groupe vert/libéral soutiendra l'initiative populaire et proposera un contre-projet direct, avec le même contenu, par l'intermédiaire de la proposition Bertschy.

Il est regrettable qu'en 2019 on ne comprenne pas l'importance d'un congé parental et que l'on reste figé sur un modèle du XXe siècle. Il serait temps de faire une mise à jour de vos logiciels de pensée. Je vous remercie de soutenir ma proposition de minorité I.

Kälin Irène (G, AG): Es ist kein Geheimnis, dass die Initiative "für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub" aus Sicht der Grünen den gesellschaftlichen Realitäten und Herausforderungen nicht genügt. 4 Wochen Vaterschaftsurlaub sind ungenügend, genauso, wie der bestehende Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen ungenügend ist: ungenügend für einen guten Familienstart; ungenügend für die Gesundheit des Kindes; ungenügend für eine gute Mutter-Kind-Beziehung; ungenügend für eine starke Vater-Kind-Beziehung; ungenügend für eine faire und ausgewogene Rollenteilung innerhalb der Familie; ungenügend für mehr Gleichstellung zwischen Müttern und Vätern; ungenügend für den beruflichen Wiedereinstieg der Mütter; ungenügend, wenn Mütter Teil der Lösung zur Behebung des Fachkräftemangels sein sollen; ungenügend für die Zukunft der Schweiz, denn unsere Kinder sind unser aller Zukunft.

Wir sind nicht nur in puncto Vaterschaftsurlaub, der bis heute bei uns inexistent ist, ein Schlusslicht unter allen OECD-Ländern, sondern sind es auch beim Mutterschaftsurlaub und bei der Elternzeit, welche gänzlich fehlt. Das Schlusslicht würden wir auch mit den 4 Wochen Vaterschaftsurlaub der Initiative und natürlich mit den 2 Wochen des Gegenentwurfes bleiben. Wir sind familienpolitisch ein Entwicklungsland.

AB 2019 N 1447 / BO 2019 N 1447

Um das zu ändern, haben wir den Minderheitsantrag III eingereicht, der den Vaterschaftsurlaub des Gegenentwurfes auf eine Elternzeit von 52 Wochen – also von einem Jahr – ausdehnen und damit zu einer echten Antwort für die Anliegen unserer Familien machen will. Es sind 52 Wochen, die je zur Hälfte von beiden Elternteilen zu beziehen sind, wobei höchstens 8 Wochen gemeinsam bezogen werden können und die ersten 14 Wochen für die Mutter reserviert sind. Es darf schliesslich nicht sein, dass eine Elternzeit – egal wie gut sie sonst ist – hinter die heutigen Errungenschaften für die Gesundheit der Mutter zurückfällt.

Wieso 52 Wochen? Mit 52 Wochen würden wir gerade im Mittelfeld aller OECD-Länder zu liegen kommen, denn der Mittelwert liegt heute bei 54,4 Wochen. Wir wären also auch mit einem einjährigen Elternzeitmodell keine Vorreiterin in der Familien- und Gleichstellungspolitik, aber wir könnten uns sehen lassen und würden unseren Familien und Eltern die Wertschätzung zukommen lassen, die sie verdient haben. Das sind wir unseren Familien schuldig, insbesondere aber auch unseren Kindern. Mit einer Elternzeit haben Kinder die Chance auf eine starke und gesunde Beziehung zu beiden Elternteilen. Auch die Gesundheit des Kindes wird von einer einjährigen Elternzeit positiv beeinflusst, vor allem dank einer längeren Stillzeit. Kinder aus sozioökonomisch weniger privilegierten Familien profitieren überproportional – etwas, das sich ein Leben lang auszahlt.



Eine 52-wöchige Elternzeit würde der Gleichstellung zwischen den Geschlechtern Schub verleihen, denn zahlreiche Studien belegen nicht nur, dass Väter ab 8 Wochen Elternzeit beginnen, nachhaltig mehr Verantwortung innerhalb der Familie zu übernehmen, wodurch eine egalitäre Arbeitsteilung innerhalb und ausserhalb der Familie möglich wird, sondern auch, dass mit einer vernünftigen Elternzeit Mütter vermehrt wieder in die Erwerbsarbeit zurückkehren, wiedereinsteigen und höhere Stellenprozente anstreben. Der maximale Effekt für diesen Wiedereinstieg liegt bei 28 Wochen. Eine Elternzeit von 52 Wochen, wovon beiden Elternteilen je 26 Wochen zustehen, ist also sowohl für die Gleichstellung wie auch für den beruflichen Wiedereinstieg der Mütter ideal.

Eine Elternzeit ist damit gut für alle: für die Kinder, für die Mütter, für die Väter, für die Gleichstellung, für eine egalitäre und freie Rollenteilung der Eltern innerhalb und ausserhalb der Familie, für mehr Mütter im Berufsleben, für mehr Mütter in Führungspositionen, für die Wirtschaft und die Zukunft unseres Landes.

Wohl wissend, dass wir für eine vernünftige Elternzeit hier keine Mehrheiten finden, haben wir einen zweiten Antrag zu unterbreiten, der den Anspruch im Gegenentwurf auf das Doppelte der Initiativforderung erhöhen will, also auf einen Vaterschaftsurlaub von 8 Wochen. Das entspricht der vorliegenden Minderheit VI.

4 Wochen Vaterschaftsurlaub sind zu wenig, 2 Wochen viel zu wenig. Denn was sind zwei Wochen im Leben einer Familie kurz nach der Geburt? Drei bis fünf Tage sind Spital- oder Geburtshausaufenthalt, wenn die Geburt problemlos verläuft und Mutter und Kind wohlauft sind. Dann folgt eine Woche gemeinsam zu Hause – und dann ist der Vater bereits wieder weg. Jede Hebamme wird Ihnen sagen, dass das Wochenbett der Mutter drei Wochen dauert, drei Wochen, in denen Mutter und Kind sich erholen sollten, die Mutter weder putzen noch kochen noch allfällige andere Kinder betreuen sollte, drei Wochen, in denen man als Eltern langsam realisiert, dass nun alles anders ist.

Die Geburt eines Kindes ist eine Revolution im Leben aller Eltern, vielleicht die grösste, die wir je erleben. Das Leben steht auf dem Kopf, und alle Familienmitglieder brauchen Zeit, um sich in ihrer neuen Rolle zu finden und zu organisieren. Wie soll das funktionieren mit 2 Wochen? Was verbessert sich nachhaltig mit einem 4-wöchigen Vaterschaftsurlaub? Leider zu wenig!

Zum Glück sind unsere Nachbarländer viel weiter, was Elternzeit, Mutterschaftsurlaub und Vaterschaftsurlaub anbelangt, und so gibt es verlässliche Studien, die darüber Auskunft geben, was ein sinnvoller Zeitrahmen ist und was nicht. Diese Studien kommen zum Schluss, dass ein Vaterschaftsurlaub erst eine nachhaltige Wirkung entfalten kann, wenn er im Minimum 8 Wochen dauert. Zu einer nachhaltigen Wirkung zählen eine gute Vater-Kind-Beziehung, ein erhöhtes familiäres Engagement der Väter und damit die Möglichkeit zu einer egalitären Rollenteilung zwischen den Eltern, was die Betreuungs- und Erwerbsarbeit angeht.

Diese nachhaltigen positiven Wirkungen wollen wir und sind wir unseren Familien schuldig: eine möglichst freie und egalitäre Rollenteilung innerhalb der Familie; Väter, die gegenüber ihren Kindern mit den Müttern gleichberechtigt sind; Mütter, die nicht die ganze Verantwortung zu Hause tragen müssen und nicht ihre berufliche Zukunft riskieren müssen, nur weil sie Mütter sind; eine Gesellschaft, die sich im Wissen darum, dass die Zukunft unserer Kinder unser aller Zukunft ist, solidarisch mit unseren Familien zeigt.

Setzen wir heute ein starkes Zeichen für unsere Familien! Es ist überfällig.

Reynard Mathias (S, VS): Je ne vous apprends rien de nouveau: en matière de politique familiale, la Suisse est très en retard. Toutes les propositions favorables aux familles – congé maternité, congé-paternité, congé parental, création de places de crèches, droit au temps partiel après la naissance d'un enfant – sont a priori combattues par la droite du pays, trop occupée à compter les sous et oubliant que les montants alloués à la politique familiale ne sont pas des dépenses, mais des investissements.

Il est d'ailleurs particulièrement cocasse de lire que la majorité du Conseil fédéral refuse toute introduction d'un congé-paternité, sous prétexte qu'il vaut mieux investir dans les crèches, alors que la majorité de ce même gouvernement s'est battue durant cette législature contre une prolongation des aides financières fédérales à la création de places de crèche.

Je peux le dire aujourd'hui: je suis fier d'appartenir au véritable "parti de la famille" de ce pays. Nous pouvons encore une fois le vérifier aujourd'hui. Cela se voyait déjà lors du combat pour mettre en place un congé maternité en Suisse. Et cela a pris du temps: inscrit comme objectif dans la Constitution en 1945, le congé maternité sera rejeté à quatre reprises en votations populaires, en 1974, 1984, 1987 et 1999, avant d'être accepté dans sa modeste forme actuelle, en 2004. De la même manière, le groupe socialiste s'engage depuis des années en faveur du congé-paternité. Les premières interventions parlementaires de notre groupe en ce sens datent d'il y a plus de vingt ans. Depuis, la droite du Parlement a systématiquement refusé toutes les propositions de congé-paternité ou de congé parental, sans exception. La dernière en date fait sourire: ce même Conseil national a refusé, le 27 avril 2016, par 97 voix contre 90 et 5 abstentions, l'initiative parlementaire



Candinas 14.415, "Deux semaines de congé-paternité payé par le régime des APG".

Aujourd'hui, il semble qu'une majorité pourra se dégager en faveur d'une proposition exactement similaire. L'approche des élections fédérales et la popularité de l'initiative populaire exercent une merveilleuse pression sur une partie du Parlement.

Il faut dire qu'il est temps: la Suisse est le seul pays européen ne possédant ni congé-paternité ni congé parental. A la naissance d'un enfant, le père n'a généralement droit qu'à un jour de congé, comme pour un déménagement! Cela en dit long sur la valeur que nous donnons à la famille dans ce pays, ainsi que sur le rôle que nous accordons aux pères. Chez nous, l'arrivée d'un nouveau-né ne semble devoir concerner que les femmes, il est temps que cela change!

Les jeunes couples de notre pays ne veulent plus d'un système digne du début du XXe siècle – et je suis encore gentil. Ils sont en droit d'attendre que le monde politique adapte les structures actuelles à leurs besoins.

Le groupe socialiste défend un modèle de congé parental de 38 semaines. Ce congé serait réparti en laissant une certaine flexibilité aux familles – je l'ai déjà évoqué: 14 semaines pour la mère, comme aujourd'hui, 14 semaines pour le père et 10 semaines à se partager entre les parents.

J'ai déjà énuméré les principales conséquences positives d'un tel congé parental. Il est:

– positif pour les familles;

AB 2019 N 1448 / BO 2019 N 1448

- positif pour la conciliation entre vie familiale et vie professionnelle;
- positif pour le lien entre le père et l'enfant, pour l'implication du père dans l'éducation des enfants;
- positif pour les femmes évidemment;
- positif pour le développement de l'enfant;
- positif aussi pour le désir d'enfants et la natalité, comme le confirme une récente étude australienne;
- positif pour un partage des tâches plus égalitaire, parce que même dans les pays qui tentent d'être le plus égalitaire possible, à la naissance d'un enfant, ce système inégalitaire est reproduit tant qu'il n'y a pas de congé parental;
- positif également pour lutter contre les inégalités salariales;
- positif au niveau des retombées économiques: en termes de productivité, de taux d'emploi des femmes sur le marché du travail;
- positif enfin pour les PME, parce que seules les très grandes entreprises peuvent aujourd'hui se permettre d'offrir un congé-paternité – ce qui les rend très attractives, au détriment, évidemment, des PME, qui ne peuvent pas le financer elles-mêmes. Cela serait encouragé par la mise en place officielle d'un tel congé financé par les APG.

Nous soutenons donc en priorité un modèle de congé parental et réfléchissons d'ailleurs au lancement d'une initiative populaire en ce sens, puisqu'il semble que ce soit uniquement à l'approche d'un vote populaire que le Parlement se montre prêt à concéder des avancées sociales à la population du pays.

En cas de refus des propositions en faveur d'un congé parental, nous soutiendrons l'initiative populaire pour 4 semaines de congé-paternité, qui est déjà un compromis extrêmement modéré. Et si celle-ci devait être refusée, nous voterions évidemment en faveur de la solution minimaliste de 2 semaines de congé-paternité. Ce serait toujours une avancée pour les familles, pour les pères et les mères, et pour les enfants de ce pays. Ce petit pas aura été arraché dans la douleur à une majorité davantage soucieuse, durant cette législature, de faire des cadeaux fiscaux aux plus privilégiés que d'améliorer les conditions de vie de la population. Ce petit pas sera tout de même historique; il se savourera et ne sera qu'une première étape vers un congé parental et une politique familiale égalitaire. Dans cinquante ans, nous regarderons sans doute ces débats avec un sourire, de la même façon que nous regardons aujourd'hui avec le sourire les débats du Parlement du siècle passé sur l'introduction du droit de vote des femmes ou du congé maternité.

Wüthrich Adrian (S, BE): Es freut mich, dass die Fraktion, die Partei, der ich angehöre, eben auch zu dieser aufgeschlossenen zivilgesellschaftlichen Allianz gehört, die den Vaterschaftsurlaub unterstützt und auch unsere Initiative unterstützt, wie das viele Parteien und Organisationen in diesem Land tun; über 180 Organisationen tun das.

Die Schweiz ist ein familienpolitisches Entwicklungsland. Wir müssen etwas tun. Ich bin froh, dass wir heute einen Schritt machen können. Wir haben in den letzten Tagen eine kleine Umfrage gemacht. Da haben wir es einmal mehr gesehen. Wir haben es schon bei der Unterschriftensammlung gemerkt, dass die Leute angestanden sind, um unsere Initiative zu unterschreiben. Wir haben jetzt eine Umfrage gemacht und gefragt: Wollen Sie einen Vaterschaftsurlaub in der Schweiz? Wir haben ganz klare Resultate erhalten: 85 Prozent



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2019 • Dritte Sitzung • 11.09.19 • 08h00 • 18.052
Conseil national • Session d'automne 2019 • Troisième séance • 11.09.19 • 08h00 • 18.052



der Leute sagen ganz klar, sie wollen einen Vaterschaftsurlaub. Das Interessante ist, dass die Leute vier Jahre nach der letzten Umfrage sagen, sie wollen einen längeren Vaterschaftsurlaub. 76 Prozent der Befragten sagen, dass sie vier oder mehr Wochen Vaterschaftsurlaub oder Elternzeit wollen bzw. befürworten.

Sie sehen, es ist eine Entwicklung im Gang. Diese Entwicklung sehen wir auch bei den Familien und bei den Vätern, um die es in dieser Diskussion geht. Die Zeit für Haus- und Familienarbeit der Väter bzw. der Männer mit Kindern ist gestiegen. Die letzten Zahlen, die ich gefunden habe, sind von 1997. Diese Zeit ist von 21,7 Stunden in der Woche bis 2013 auf 27,6 Stunden gestiegen. Um 27 Prozent mehr haben sich die Männer mit Kindern in dieser Zeit für die Familienarbeit eingesetzt. Natürlich sind die Männer noch nicht so weit, der Kommissionssprecher hat es gesagt. Das ist auch ein Aufruf an die Männer, aktiver zu werden. Wir wollen das ja mit dieser Initiative in Gang bringen, ein Umdenken auch in unserer Gesellschaft, damit die Väter präsente Väter sein können.

Das können sie heute nicht, eben weil das staatlich verordnet ist. Unser heutiges Modell ist auch staatlich verordnet, weil es sagt: Die Mutter ist 14 Wochen zu Hause, kann durch den Mutterschaftsurlaub zu Hause sein, aber der Vater muss nach der Geburt, wenn es reicht für die Geburt, wieder zur Arbeit. Das entspricht nicht mehr dem, was die heutigen Familien wollen.

Die Väter wollen präsente und emotional involvierte Väter sein. Sie wollen sich mehr in der Familie engagieren. Sie wollen ihre Partnerinnen entlasten. Da kommt das wirtschaftliche Argument: Sie wollen das auch tun, damit ihre Partnerinnen, die Mütter, früher wieder zur Arbeit gehen können. Heute ist es selbstverständlich, dass beide voll in der Wirtschaft arbeiten, bevor sie Eltern werden. Sie sehen, wann Mütter ihr erstes Kind haben: Die Mütter und Väter werden immer älter. Das muss Ihnen zu denken geben, wenn wir über den Fachkräftemangel sprechen.

Es gibt aber auch die familienpolitischen Argumente: Ein Vaterschaftsurlaub stärkt die Beziehung zwischen Vater und Kindern, zwischen den Elternteilen, entlastet die Mütter und trägt so zur familiären Stabilität bei.

Die Gleichstellungsfrage ist ein anderes wichtiges Argument, ich habe es schon angetönt: Frauen brauchen echte Partner. Männer können dies nur sein, wenn ihnen mehr Zeit für einen guten Familienstart zur Verfügung steht. Sie können so die erforderlichen väterlichen Kompetenzen erwerben und sich auch längerfristig stärker an der Familienarbeit beteiligen, darum geht es ja.

Den Arbeitsmarktaspekt habe ich bereits erwähnt: Der Vaterschaftsurlaub bringt einen positiven Effekt auf die Erwerbsbeteiligung der Mütter, er ist ein unerlässlicher Pfeiler im Kampf gegen den Fachkräftemangel.

Ein letztes Argument ist die Demografie: Unsere Gesellschaft wird immer älter, wir haben immer weniger Kinder; Sie können das sehen. Deshalb ist auch hier der Vaterschaftsurlaub ein kleines, aber sehr wichtiges Puzzleteil der schweizerischen Familienpolitik.

Ich bitte Sie, dem indirekten Gegenentwurf gemäss den Minderheiten, die ich Ihnen schon präsentiert habe, zuzustimmen.

Chevalley Isabelle (GL, VD): Les femmes et les hommes de ce pays veulent l'égalité. Ils étaient d'ailleurs plus de 500 000 dans la rue, au mois de juin dernier, pour nous le dire. La Suisse est le seul pays membre de l'OCDE dont la législation ne prévoit ni congé-paternité ni congé parental. Nous sommes vraiment en queue de train. Aujourd'hui, nous ne faisons rien de révolutionnaire.

Un cinquième des gens qui assument la garde d'enfants, soit 350 000 personnes au total, dont la plupart sont des femmes, sont limités dans l'exercice d'une activité professionnelle. Ils aimeraient bien travailler davantage, mais ils ne peuvent pas réaliser ce souhait légitime, pour des raisons structurelles. Pour véritablement permettre aux deux parents d'exercer une activité lucrative après la naissance d'un enfant, il faut édicter une réglementation qui donne la possibilité aux couples qui le souhaitent de se partager l'exercice d'une activité lucrative et la garde des enfants.

Certains, dans ce Parlement, ne veulent plus de travailleurs étrangers. Mais notre économie a besoin de main-d'œuvre. Les femmes sont un réservoir important, actuellement sous-utilisé. On le sait, l'implication des pères au sein de la famille favoriserait l'engagement des mères au travail. Mais on ne peut observer un effet qu'avec un minimum de 8 semaines de congé-paternité. Les 2 semaines proposées sont largement insuffisantes.

Ce qu'il faut pour que les choses changent vraiment, c'est un congé parental, c'est le modèle d'actualité qui a fait ses preuves dans beaucoup de pays.

AB 2019 N 1449 / BO 2019 N 1449

Le groupe vert'libéral soutiendra toutes les propositions qui iront dans le sens de l'amélioration de l'égalité entre hommes et femmes sans réduire l'acquis des femmes.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2019 • Dritte Sitzung • 11.09.19 • 08h00 • 18.052
Conseil national • Session d'automne 2019 • Troisième séance • 11.09.19 • 08h00 • 18.052



Bertschy Kathrin (GL, BE): Die grünliberale Fraktion unterstützt und fordert eine Elternzeit – eine Elternzeit zu gleichen Teilen für beide Elternteile von jeweils 14 Wochen. Wir tun das, weil wir die Gleichstellung von Frau und Mann realisieren wollen.

Ich möchte Ihnen gerne die Zusammenhänge erläutern und meine Interessenbindungen bekanntgeben. Ich bin Co-Präsidentin der überparteilichen Frauendachorganisation Alliance F. Alliance F ist Teil des Initiativkomitees der Vaterschaftsurlaubs-Initiative. Ich spreche hier aber für meine Fraktion. Meine Fraktion hat eine liberale Grundhaltung: Wir sind gesellschaftsliberal, und wir sind wirtschaftsliberal. Wir wollen für die Unternehmen unnötige Eingriffe vermeiden; wir wollen sorgsam mit öffentlichen Geldern umgehen; wir wollen aber dennoch die Ziele erreichen.

Es gibt einen Verfassungsgrundsatz, nämlich die Gleichstellung von Frau und Mann. Wir sind eine junge Fraktion und eine kleine Fraktion. Das hat Vorteile, es ist manchmal auch eine Chance. Man ist nicht vorpositioniert, es gibt die Gelegenheit, den Dingen auf den Grund zu gehen, die Ursachen anzugehen. Es gibt die Gelegenheit herauszuarbeiten, was denn eigentlich Symptome sind und was Ursachen, was denn eigentlich die Rolle des Staates ist und welches geeignete Policies sind. Die nichterreichte Lohngleichheit von Frau und Mann für gleiche Arbeit oder die Frauen in Kaderstellen, die ihren Ausbildungen entsprechend untervertreten sind, sind immer wieder Themen in diesem Rat.

Man kann die Auswüchse bekämpfen – das ist sicherlich besser, als nichts zu tun –, oder man kann versuchen, eine Ursachenanalyse und eine Ursachenbekämpfung zu machen. Denn die Lohnungleichheit, die Untervertretung der Frauen in Kaderpositionen trotz der guten Ausbildungen – das alles ist eine Folge der Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt, einer Benachteiligung, die passiert, wenn Frauen Mütter werden. Sie passiert aber nicht etwa, weil Frauen Mütter werden oder werden könnten. Die Benachteiligung passiert vielmehr, weil der Gesetzgeber ihnen in diesem Fall die Säuglingsbetreuung delegiert. Sie passiert, weil der Gesetzgeber die Policy herausgibt: Frauen, wenn ihr Mütter werdet, dann bleibt ihr 14 Wochen zu Hause und dann wahrscheinlich noch länger, weil alles andere unglaublich schwierig zu organisieren ist. Väter, ihr dürft einen Tag freinehmen, um das neue Familienmitglied zu begrüssen. Ihr geht dann euren Job ausüben und fällt sicherlich nicht aus. Ihr werdet nicht in die Verantwortung genommen für das kleine Bündel zu Hause, zumindest nicht so, dass es irgendeine Beeinträchtigung für euch an der Arbeitsstelle gäbe.

Das ist die Policy unseres Staates. Solange das so ist, sind Mütter auf dem Arbeitsmarkt die schlechteren Risiken als Väter. Sie sind die schlechteren Risiken, wenn es darum geht, eine Karriere zu machen, weil sie einer Gruppe angehören, deren Angehörige ausfallen können. Solange das so ist, sind potenzielle Mütter – sprich: alle Frauen – die schlechteren Risiken als alle Männer auf dem Arbeitsmarkt.

Wir hatten in der Legislatur Zeit. Sie mögen sich an die vielen abgelehnten Vorstöße im Bereich der Gleichstellungspolitik erinnern. Wir hatten Zeit, den Dingen auf den Grund zu gehen, die Literatur zu konsultieren, die Empirie, wirtschaftliche Analysen, Beispiele anderer Länder zu studieren. Man kann es drehen und wenden, wie man will: Zuletzt landet man genau hier als Ursache der Ungleichstellung von Frau und Mann auf dem Arbeitsmarkt.

Das ist der Grund, warum die grünliberale Fraktion bereits vor drei Jahren eine parlamentarische Initiative für eine Elternzeit von jeweils 14 Wochen eingereicht hat. Es gibt wieder einen hängigen Vorstoss. Sie sehen es auf der Fahne: Als indirektes und direktes Gegenprojekt wollen wir das Ihnen vorschlagen. Das Motiv ist ein einfaches: Man kann Gleichstellung nicht realisieren, wenn nicht zumindest das Ausfallrisiko im Falle einer Elternschaft für beide, für Vater und Mutter, gleich wahrscheinlich und gleich gross ist.

Das Land, das das als erstes erkannt hat, ist Island. Es kennt eine Elternzeit zu gleichen Teilen. Der Grund für die Einführung im Jahr 2000 waren liberale, waren wirtschaftliche Gründe: die mangelnde Chancengleichheit, aber auch die Befürchtung des Arbeitgeberverbandes, dass mangelnde Gender-Gerechtigkeit dem Arbeitsmarkt wertvolle Ressourcen entziehen könnte, indem gut ausgebildete Frauen Windeln wechseln und nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Heute beziehen 97 Prozent der isländischen Väter Elternzeit. Auch danach teilen sie den bezahlten Erwerb und die unbezahlte Arbeit viel fairer und ausgeglichener mit ihren Partnerinnen. Es ist kein Wunder, dass Island regelmässig in internationalen Gleichstellungs-Ratings obenauf schwingt.

Es gibt genau zwei Bedingungen, die für eine Elternzeit erfüllt werden müssen. Empirisch – das Ausland zeigt den Weg – ist die erste Bedingung, dass die Elternzeit für beide Eltern gleich lang sein muss. Sie müssen nicht gleich viel Zeit beziehen, sondern können ihren Anteil verfallen lassen, aber entscheidend ist, dass der potenzielle Ausfall gleich lang ist. Die zweite Bedingung ist, dass die Elternzeit ausreichend lang ist, damit der Erwerb nicht aufgegeben oder länger unterbrochen werden muss, weil es sonst nicht organisierbar ist. Sie muss also genügend lang sein, damit man das Kind mit gutem Gefühl tageweise in einer Kindertagesstätte mitbetreuen lassen kann. Nach 28 Wochen, nach einem halben Jahr ist das der Fall.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2019 • Dritte Sitzung • 11.09.19 • 08h00 • 18.052
Conseil national • Session d'automne 2019 • Troisième séance • 11.09.19 • 08h00 • 18.052



Wenn Sie dann noch den sorgsamen Umgang mit Steuergeldern wollen, können Sie eine Erwerbskoppelung vorsehen und beiden Elternteilen 14 Wochen Elternzeit nur dann gewähren, wenn der andere Elternteil auch tatsächlich einen Erwerb aufnimmt. Das sind die Möglichkeiten.

Wenn wir bei den Kosten sind, ist einfach zu bedenken, dass das heutige System enorme Kosten verursacht: wenn ausgebildete Frauen den Job verlassen, wenn Ausbildungskosten ins Leere laufen, wenn Potenzial auf dem Arbeitsmarkt fehlt, wenn soziale Kosten entstehen, Altersvorsorgekosten, und der Staat diese bezahlt. Das ist für eine Volkswirtschaft, deren wichtigste Ressource die Bildung ist, verheerend.

Man sollte also heute investieren und morgen profitieren, weil Gleichstellung per se einen Wert hat, weil wir überzeugt sind, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis des Arbeitspotenzials und die Amortisation von Ausbildungskosten positiv und viel höher als der Status quo sind.

Nicht zuletzt sind wir eine Partei, die den Wettbewerb begrüßt. Ich möchte hier an die liberalen Kräfte im Rat appellieren, an den Wettbewerb und die guten Qualifikationen von Frau und Mann. Heute haben Männer einen Wettbewerbsvorteil. Der ist nicht mit den Qualifikationen begründet, sondern mit einer staatlichen Policy, die sie auf dem Arbeitsmarkt bevorteilt. Ändern wir das, realisieren wir Gleichstellung mit einer Elternzeit zu gleichen Teilen.

Ich möchte noch ein Wort zu meinem Einzelantrag verlieren: Das ist kein neues Konzept, es ist nur deshalb ein Einzelantrag, weil es in der Fahne schlicht vergessen ging. Es ist das identische Projekt zum Projekt Chevalley im indirekten Gegenvorschlag. Ich habe ihn in den direkten Gegenvorschlag aufgenommen, sollten Sie einen solchen in Erwägung ziehen.

Herzog Verena (V, TG): Über eines sind wir uns sicher einig: Die Familie ist die kleinste, aber zugleich wichtigste Zelle der Gesellschaft. Sie sichert uns die Zukunft und verdient grosse Wertschätzung. Eltern zu sein ist eine grosse Herausforderung, aber ganz sicher auch ein grosses Privileg.

Es ist ein Wahljahr, und uns geht es gut. Umso schöner ist es, jetzt noch Geschenke zu verteilen – es fragt sich nur, auf Kosten von wem. Für einen Vaterschaftsurlaub gebe es tausend Gründe, argumentierte der Präsident des Vereins "Vaterschaftsurlaub jetzt!" in einer Sitzung. Väter möchten in der Familie präsenter und emotional involvierter sein, als dies früher der Fall war, wird argumentiert. Das ist ja wunderbar, aber leider ist dieses Argument nicht ganz glaubwürdig, da mindestens zum Teil die gleichen Leute, die nun mit aller Vehemenz für diesen Zusatzurlaub kämpfen, die Kinder danach möglichst schnell in die Fremdbetreuung geben wollen – natürlich wieder möglichst auf Kosten des Staates.

AB 2019 N 1450 / BO 2019 N 1450

So stellen sich mir drei Fragen.

1. Was sind die Notwendigkeit, der Nutzen und vor allem die Nachhaltigkeit des Vaterschaftsurlaubs?
2. Welche Betriebe können sich das rein organisatorisch, aber auch finanziell leisten?
3. Es stellt sich ganz grundsätzlich die Frage: Können wir uns einen weiteren Sozialausbau leisten, obwohl alle unsere Sozialwerke schon jetzt stark belastet sind und sich die Lage durch unsere Demografie noch weiter verschärfen wird?

Die letzte Frage können Sie sich gleich selbst beantworten; die Problematik der massiven Zuwanderung, durch die unsere Sozialwerke noch mehr belastet werden, lässt grüßen. Die SVP politisiert aber nicht nur für heute, sondern sie will, dass auch künftige Generationen – unsere Kinder und Enkelkinder – noch auf sichere Sozialwerke und sichere Arbeitsplätze zählen können!

1. Zur Notwendigkeit: Es ist ja wirklich loblich – ich meine das ernst –, es wird vor allem mit der Wichtigkeit des Aufbaus der Beziehung zwischen Vater und Kind argumentiert. Ich muss sagen: ein edler Wunsch – ja, aus meiner Sicht eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Nur weiß ich aus der Entwicklungspsychologie und habe es als Mutter von drei Kindern selbst erlebt: In den ersten Wochen – eine zugleich wunderbare wie auch anstrengende Zeit für die Mutter – sind es vor allem die körperlichen Bedürfnisse des Babys, die gestillt werden wollen. Aber bei denen kann, so will es die Natur, der Vater ja nur beschränkt seine Unterstützung beitragen. Zum Nutzen: Eine Beziehung, eine Bindung zum Kind aufzubauen ist in den Folgewochen und vor allem in den ersten drei Lebensjahren viel entscheidender als unmittelbar nach der Geburt. Die Mütter gleich nach der Geburt zu entlasten, das sollte es einem Vater wert sein, auch ein paar Ferientage, vorgängig mit seinem Arbeitgeber und seinen Kolleginnen und Kollegen abgesprochen, einzusetzen. Die Mütter zu unterstützen ist jedoch zwischen dem zweiten und vierten Lebensjahr des Kindes, in der Trotzphase, nützlicher und für die Väter auch sehr viel anstrengender als unmittelbar nach der Geburt. Während dieser Zeit – von Fachleuten auch Autonomiephase bezeichnet –, wie sie später in der Pubertät noch einmal erlebt wird, ist die gegenseitige Unterstützung der Eltern vermutlich um ein Vielfaches wichtiger.



Aber auch das liegt in der Eigenverantwortung der Eltern und nicht des Staates. So viel Sonnenschein, wie die Kinder in eine Familie leuchten, so viele Herausforderungen gibt es auch zu bewältigen. Werden sie gemeinsam angepackt, lassen sie die ganze Familie daran reifen und verbinden ein Leben lang. Da ist vor allem die Energie der Eltern, vielleicht Grosseltern oder von anderen Verwandten und Freunden gefordert. Es ist eine nicht ersetzbare, wertvolle Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft, genannt Eigenverantwortung, zu der der Staat eigentlich nur wenig beizutragen hat – ausser zum Beispiel bei den wichtigen Beratungsangeboten, der Väter- und Mütterberatung, monetär durch steuerliche Entlastungen, Familienzulagen, Krankenkassenverbilligungen usw. und die notwendigen Infrastrukturen.

Zur Nachhaltigkeit: Hand aufs Herz – wenn ich Ihnen zuhöre, muss ich fast davon ausgehen, dass ganz viele Ratsmitglieder wegen des bisher fehlenden Vaterschaftsurlaubes eine schlechte Beziehung zu ihren Vätern haben müssen. Nachhaltig sind gute Väter um ihres Engagements und Herzens willen – nicht, weil sie einen Vaterschaftsurlaub hatten oder nicht.

Zentraler Irrtum: Die Befürworter der Initiative und des indirekten Gegenentwurfes machen einen Denkfehler. Es ist doch ein Irrtum, nur das als sozial zu bezeichnen, was der Staat vorgibt. Es gibt viele Paradebeispiele von grossen internationalen Unternehmen und grossen KMU, die schon heute mit ihren Angestellten grosszügige, flexible und partnerschaftliche Lösungen finden. Das ist Wettbewerb unter den Unternehmen, und der soll spielen. Der Staat würde diesen jedoch besser steuerliche Anreize anbieten, statt ihnen weitere Zwangsvorgaben aufzubürden.

Dieser Irrtum hat jedoch fatale Konsequenzen: Die Befürworter nehmen in Kauf, dass unsere Sozialwerke immer mehr ausgehöhlt werden, unterfinanziert sind und nächste Generationen immer weniger Gewissheit haben, wenn es wirklich notwendig ist, noch auf unsere Sozialwerke zählen zu können. Das ist verantwortungslos und asozial.

2. Damit komme ich zum zweiten und ganz wesentlichen Punkt: Welche Betriebe können sich den Vaterschaftsurlaub rein organisatorisch, aber auch finanziell leisten? Wer bezahlt das Ganze? Natürlich zusätzlich zu den obligatorischen Aufwendungen des Militärdienstes; die bleiben. Für grosse Unternehmen wie die Novartis oder auch die Axa ist das kein Problem. Die können Betreuungsurlaube anbieten. Swissmem, die heute bei einer Geburt freiwillig 5 Arbeitstage zur Verfügung stellt, ist da schon vorsichtiger und äusserte sich kürzlich in den Medien klar gegen den staatlichen Zwangsurab. Swissmem ist besorgt, dass die Industrie in den nächsten Monaten von einem Doppelschlag getroffen werden könnte: einer weltweiten Rezession und einer neuerlichen Euroschwäche.

Gefordert wären jedoch durch staatlich verordnete Zwangsurlaube vor allem die KMU, die in der Schweiz mehr als 99 Prozent der Betriebe ausmachen, die zwei Drittel der Arbeitsplätze stellen. Rund 525 000 der KMU haben weniger als zehn Angestellte! Für diese kann ein staatlich verordneter Zwangsurab ein echtes Problem werden. Stellen Sie sich eine Bäckerei mit vier Angestellten vor, bei der ein Arbeitnehmer ausgerechnet dann erkrankt, währenddem ein anderer Angestellter den Vaterschaftsurlaub bezieht!

Nochmals zu den Kosten: Die SVP-Fraktion lehnt einstimmig, vor allem aus Rücksicht auf die KMU, die heute schon mit den weltweit höchsten Löhnen konkurrenzfähig sein müssen, sowohl die Volksinitiative wie auch den indirekten Gegenentwurf ab. Unsere KMU würden durch diesen staatlich verordneten Zwangsurab und die Erhöhung um ein weiteres EO-Lohnprozent zusätzlich zur Kasse gebeten.

Wenn heute nach Schätzungen des Bundesamtes für Sozialversicherungen für den 2-wöchigen Vaterschaftsurlaub rund 224 Millionen Franken jährlich nur schon für die direkten Kosten benötigt werden, so würde es ganz sicher nicht dabei bleiben, das haben wir nun in den Voten gehört. Es gibt Begehrlichkeiten von 4 und 8 bis 52 Wochen. Bereits beim 2-wöchigen Urlaub müssen jedoch der BVG-Bereich und die indirekten Kostenfolgen für die Unternehmen berücksichtigt werden. Gemäss Seco betragen die indirekten Kosten bereits bei einem 2-wöchigen Urlaub 1,1 Milliarden Franken. Das ist ein Wahnsinn!

3. Ob 2 oder 4 oder 8 oder 52 Wochen: Wenn wir heute abstimmen, müssen wir uns einfach die grundsätzliche Frage stellen, ob eine neue Sozialleistung, die über die Lohnprozente finanziert wird, eingeführt werden soll oder nicht. Wenn der Vaterschaftsurlaub erst einmal eingeführt ist, muss man nicht Prophet sein, um zu wissen, dass es niemals bei 2 oder 4 Wochen bleiben wird.

Zusammenfassend: Ein Ja zur Volksinitiative wie auch zum indirekten Gegenvorschlag heisst mehr Staatsausgaben, Umverteilungen in Milliardenhöhe; das heisst höhere Lohnkosten und absehbare Forderungen mit den entsprechenden Mehrbelastungen der Unternehmen. Insbesondere für KMU und Gewerbe wird es hart; sie werden es entsprechend ausbaden müssen.

Die SVP-Fraktion lehnt aus all diesen Gründen die Einführung des Vaterschaftsurlaubs sowohl in der Form der Initiative wie auch in der Form des indirekten Gegenvorschlags und alle Minderheitsanträge ab. Sie unterstützt natürlich den Nichteintretensantrag Pieren zum indirekten Gegenvorschlag.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2019 • Dritte Sitzung • 11.09.19 • 08h00 • 18.052
Conseil national • Session d'automne 2019 • Troisième séance • 11.09.19 • 08h00 • 18.052



Für starke Familien und engagierte Väter braucht es keine Volksinitiativen, sondern Eigeninitiative! Es braucht Eigenverantwortung und Herzblut für die eigenen Kinder ein Leben lang. Es braucht keine sozialistische Anspruchsmentalität, sondern eine freiwillige Gebermentalität.

Im Namen der einstimmigen SVP-Fraktion danke ich Ihnen für Ihr Verantwortungsbewusstsein, auch für die nächsten Generationen, und für die Ablehnung der Volksinitiative und des indirekten Gegenvorschlages.

Kiener Nellen Margret (S, BE): Sehr geehrte Frau Kollegin, die Zahlen und Fakten sprechen eine klare Sprache. Die Geburtenrate in der Schweiz ging zurück bis zur Einführung

AB 2019 N 1451 / BO 2019 N 1451

der Mutterschaftsversicherung 2005. Es war gerade wegen der miserablen Rahmenbedingungen so, dass meine Generation und noch weitere sich auf eine sehr kleine Kinderzahl beschränken mussten, und genau das war Ursache für den Bedarf nach zusätzlichen Arbeitskräften aus dem Ausland. (*Zwischenruf der Präsidentin: Eine kleine Frage!*) Also gerade das war Ursache für die Zuwanderung. (*Zwischenruf der Präsidentin: Ihre Frage!*) Was sagen Sie dazu?

Herzog Verena (V, TG): Liebe Kollegin, vielleicht kennen Sie die spanische Studie, die erst neulich erstellt wurde, nicht. In Spanien gibt es seit 2007 den Elternschaftsurlaub. Zuerst waren es nur 2 Wochen, dann wurde das gesteigert. Was ist die Feststellung, gerade bezüglich Ihres Themas? – Danke für diese interessante Frage! Die Feststellung ist, dass es seit der Einführung des nur 2-wöchigen Vaterschaftsurlaubs weniger Kinder gibt, weil die Mütter schneller wieder arbeiten gehen. Sie lachen jetzt – ich kann Ihnen diese Studie zeigen. Die Mütter gehen schneller arbeiten, und die Eltern warten länger, bis ein zweites Kind kommt – sie warten im Minimum sechs Jahre. Ihre Argumentation ist also genau um 180 Grad falsch.

Gmür-Schönenberger Andrea (C, LU): Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schreiben sich mittlerweile fast alle Parteien auf die Fahne. Für die CVP-Fraktion ist dieses Anliegen nicht erst heute ein Thema. So waren wir schon bei der Einführung des Mutterschaftsurlaubs wegweisend involviert. Den Vaterschaftsurlaub haben wir bereits vor fünf Jahren mit der parlamentarischen Initiative Candinas 14.415, "Zwei Wochen über die EO bezahlten Vaterschaftsurlaub", aufs Tapet gebracht. Leider fand dieses Anliegen bei der Beratung damals in unserem Rat noch keine Mehrheit. Ich bin aber zuversichtlich, dass der indirekte Gegenentwurf zum Vaterschaftsurlaub, eben die Wiederaufnahme der parlamentarischen Initiative Candinas, die Debatte diesmal erfolgreich überstehen wird. So werden wir dem Volk einen familien- und wirtschaftsfreundlichen indirekten Gegenentwurf zur Initiative eines 4-wöchigen Vaterschaftsurlaubs zur Abstimmung vorlegen können.

Unsere Gesellschaft verändert sich. Auch in der Bevölkerung hat in den letzten Jahren ein Umdenken stattgefunden. Junge Väter wünschen sich heute mehr denn je, ab der Geburt ihres Kindes zu Hause präsent zu sein und einen massgeblichen Part in der Kinderbetreuung zu übernehmen. So möchte heute auch eine Mehrheit der Bevölkerung einen Vaterschaftsurlaub einführen. Ein solcher würde zudem eine Entlastung der Mutter kurz nach der Geburt bedeuten. Zahlreiche Unternehmen haben bereits einen Vaterschaftsurlaub eingeführt.

Für die CVP ist es wichtig, dass die Väter auch zu Hause bei der Familienarbeit und der Kinderbetreuung eine aktive, ja eine aktiver Rolle spielen. Die heutige gesetzliche Regelung mit einem Tag reicht nicht mehr. Wir sind aber gleichermaßen der Ansicht, dass es einen Kompromiss braucht zwischen den Anliegen der KMU einerseits, deren Flexibilität hier wieder gefordert wird, und der Initiative andererseits, die einen 4-wöchigen Urlaub verlangt.

Wir sollten uns heute auf zwei Fragen beschränken. Erstens: Vaterschaftsurlaub ja oder nein? Zweitens: Wenn ja, wie lange soll dieser dauern? Gleichzeitig existieren aber diverse Anträge für Elternurlaub- oder Elternzeitmodelle. Sollen es denn nun 16, 28, 38 oder 52 Wochen Elternzeit sein? Das Feilschen um deren Länge mit teils absolut unrealistischen Forderungen erinnert an einen persischen Markt. Nur wird dabei vergessen, dass die Elternzeit nicht zur Debatte stehen sollte. Ich warne davor, das Fass zum Überlaufen zu bringen. Die Elternzeit mag das Modell der Zukunft sein. Wer aber zum jetzigen Zeitpunkt eine Elternzeit fordert, der tut vor allem eines: Er oder sie gefährdet eine Lösung beim Vaterschaftsurlaub. In der Schweiz hat sich stets die Politik der kleinen Schritte durchgesetzt, dies unter dem Motto: "Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach." Den Spatz haben wir nun in Griffnähe. Den gilt es zu packen. Die Anträge auf eine Elternzeit lehnen wir ab.

Die CVP-Fraktion unterstützt den indirekten Gegenentwurf des Ständerates für 2 Wochen bezahlten Vaterschaftsurlaub. Er ist innerhalb der ersten sechs Monate nach der Geburt eines Kindes zu beziehen und wird analog zum Mutterschaftsurlaub über die Erwerbsersatzordnung finanziert. Damit sind die 2 Wochen auch für KMU tragbar. Zudem ermöglicht der Vorschlag flexible Lösungen. Es handelt sich hier um eine pragmatische,



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2019 • Dritte Sitzung • 11.09.19 • 08h00 • 18.052
Conseil national • Session d'automne 2019 • Troisième séance • 11.09.19 • 08h00 • 18.052



machbare und mit Sicherheit mehrheitsfähige Lösung.

Alle anderen Forderungen führen zu politischem Stillstand. Ein Verzicht auf einen Vaterschaftsurlaub würde die Bedürfnisse der Bevölkerung ignorieren. Der 2-wöchige Vaterschaftsurlaub ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wollen wir aber längerfristig die traditionellen Rollenmuster aufbrechen, braucht es bestens ausgebauten familienergänzende Betreuungsangebote bis hin zu Tagesschulen, es braucht Teilzeitarbeitsmodelle für Frauen und Männer, für Mütter und Väter, und ein Steuersystem, bei dem es sich für beide Elternteile überhaupt erst lohnt, weiterhin zu arbeiten.

Namens der CVP-Fraktion bitte ich Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und dem indirekten Gegenentwurf für einen 2-wöchigen Vaterschaftsurlaub zuzustimmen. Sie machen damit einen sinnvollen und verantwortbaren Schritt für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Siegenthaler Heinz (BD, BE): Ich kann mich grösstenteils meiner Vorendnerin anschliessen – mit Ausnahme der Redewendung von der Taube und dem Spatz, die sie gebracht hat. Ich werde nur einmal für die BDP-Fraktion sprechen und die Beweggründe zusammengefasst darlegen.

Die BDP hat immer wieder Vorstösse zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie gemacht, sei dies zum Thema Tagesschulen, Steuerabzüge oder Elternzeit. Die Schweiz hat sich in all diesen Themen lange zu wenig bewegt. Nun geht es mit den Tagesschulen vorwärts, Kinderbetreuungsabzüge können gemacht werden, und dank der Initiative haben wir nun auch einen vernünftigen und mehrheitsfähigen Vorschlag für einen Vaterschaftsurlaub auf dem Tisch.

Der Ständerat hat es vorgemacht: Die BDP-Fraktion wird getreu dem Motto "Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach" – wie es meines Wissens richtig heisst – den 2-wöchigen Vaterschaftsurlaub unterstützen, d. h. beim indirekten Gegenentwurf der Kommissionsmehrheit folgen. Wir wollen diesen kleinen Schritt in die richtige Richtung nicht gefährden. Die BDP-Fraktion ist sich aber bewusst, dass dies nicht das Ende der Diskussion sein wird. Sollten die 2 Wochen wider Erwarten nicht mehrheitsfähig sein, wird die Mehrheit der BDP-Fraktion die Volksinitiative zur Annahme empfehlen. Die BDP hat ausserdem klare Signale gesetzt, wie die Zukunft aussehen soll: ein 2-wöchiger Vaterschaftsurlaub jetzt und dann die Aufnahme der Diskussion über eine Elternzeit. Wir müssen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter verbessern.

Zusammengefasst: Die BDP-Fraktion wird die Volksinitiative mehrheitlich zur Ablehnung empfehlen. Dagegen wird sie mehrheitlich den indirekten Gegenentwurf mit den 2 Wochen und darin auch die Minderheit I (Reynard) unterstützen; dies als Signal, dass es weitergehen muss. Sollten die 2 Wochen nicht durchkommen, werden wir, wie ebenfalls bereits gesagt, mehrheitlich die Volksinitiative "für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub" zur Annahme empfehlen.

Wasserfallen Christian (RL, BE): Wir beginnen vielleicht am einfachsten so: In der FDP-Liberalen Fraktion haben wir eine klare Mehrheit, die die Volksinitiative zur Ablehnung empfiehlt. Die Kosten von 458 Millionen Franken und 0,11 EO-Prozenten sind uns klar zu hoch. Es ist für uns auch nicht ersichtlich, warum man jetzt noch an einer Initiative festhalten will, wenn bereits im Gesetz, im indirekten Gegenvorschlag, Lösungen diskutiert werden können und sollen. Deshalb erübrigts sich die ganze Frage der Volksinitiative im Prinzip. Dort bedauern wir sehr, dass der Bund weiterhin die familienexterne Kinderbetreuung subventioniert. Wir hatten ja ein Konzept erarbeitet, das auf diese Subventionierung verzichtete. Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass wir – und das sieht ja gut aus – bei der familienexternen Kinderbetreuung einen Steuerabzug von 25 000 Franken erreichen

AB 2019 N 1452 / BO 2019 N 1452

können. Das wäre eine wichtige Botschaft an all jene, die nicht nur zum Zeitpunkt des Vater- oder Mutterwerdens profitieren wollen, sondern auch lange danach.

Es ist so, dass sich diese Debatte heute auf einen ganz, ganz kleinen Zeitraum im ganzen Lebensweg eines Kindes und einer jungen Familie beschränkt, nämlich auf den Tag, an dem ein Kind geboren wird. Wir haben hingegen bei den Kosten für die Fremdbetreuung von Kindern – wenn ich das sagen kann – einen viel grösseren Hebel und einen nachhaltigeren Hebel in der Hand, denn das zeigt über mehrere Jahre Wirkung. Nun zum indirekten Gegenvorschlag: Ich bin, als ich Ihnen zuhörte, zur Auffassung gelangt, dass Sie argumentativ nicht alle ganz kohärent unterwegs sind. Auf der einen Seite sagen Sie, Sie wollten keine Rollenbilder zementieren; auf der anderen Seite haben Sie Initiativen am Start, welche genau das tun. Die Elternzeit wird gegen die 2 Wochen Vaterschaftsurlaub aufgewogen. Dort ist in Zukunft sicher noch Handlungsbedarf vorhanden.

Für die Mehrheit der FDP-Liberalen Fraktion ist ein 2-wöchiger Vaterschaftsurlaub, so, wie er in der Mehrheitsfassung vorliegt, vertretbar. Das sind 0,06 Lohnprozente und etwa 250 Millionen Franken Kosten.



Lieber gewesen wäre uns – und das wäre, muss ich Ihnen sagen, zu gleichen Kosten möglich –, dass man 16 Wochen Elternzeit hat, mit der freien Aufteilung von 8 Wochen für die Frau und 8 Wochen für den Mann, je nachdem, wie die Eltern sich das aufteilen wollen. Das wäre eigentlich unser Konzept gewesen. Das sollte im Grundsatz ihnen überlassen werden. Wenn sie sich nicht einig gewesen wären, hätte die Mutter Anspruch auf 14 Wochen und der Vater auf 2 Wochen gehabt. Dieses System, dieses pragmatische System, ist leider nicht mehrheitsfähig gewesen, weder im Ständerat noch im Nationalrat. Aber manchmal brauchen die guten und flexiblen Ideen einen zweiten Anlauf. Dieser zweite Anlauf ist bereits in der Pipeline, nämlich die Motion Müller Philipp 19.3738, die genau dieses System noch einmal in die Zukunft weiterziehen will. Sie sollte meines Wissens bereits noch für diese Session im Ständerat traktandiert worden sein.

Hier haben wir eine grosse Chance verpasst, einen kompatiblen, finanzierten und auch in dem Sinne sehr flexiblen Elternschaftsurlaub einzuführen. Das ist schade, aber ich kann halt auch nichts dafür. Wenn vor allem in den Mitteparteien der Wille nicht da ist, über den eigenen Schatten zu springen, dann kommt es halt leider so heraus. 8 Wochen Elternzeit für die Mutter und 8 Wochen für den Vater, bei Uneinigkeit 14 Wochen für die Mutter und 2 Wochen für den Vater wäre also wirklich kein revolutionäres Modell gewesen. Leider ist es in beiden Räten nicht mehrheitsfähig. Deshalb: Wir bohren in der Politik manchmal dicke Bretter; das geht mit der Motion Müller Philipp 19.3738 weiter.

Was man sonst sagen muss, wenn man die weiter gehenden Anträge anschaut, vor allem jene von der linken und grünen Seite: Hier bin ich also schon erschüttert! Wenn man einfach aus den Fingern gesogen irgendeinen Antrag von 52 Wochen Elternzeit stellt, dann muss ich mir schon die Frage stellen, wie Sie das finanzieren wollen.

52 Wochen Elternzeit kosten pro Jahr 3,8 Milliarden Schweizerfranken. Das muss Ihnen einfach bewusst sein, wenn Sie nachher bei der Abstimmung über diese Minderheit Ja-Knöpfe drücken. Dass man, ohne diese Kostenfolge und ohne die Finanzierbarkeit dieses Modells zu erwähnen, hier ein Votum halten kann, ist nun auch nicht seriös. Frau Kälin wird ja nachher sprechen, sie kann dann gerne replizieren.

Ich denke, es ist sehr schade, dass man im Rahmen dieser Diskussion bereits wieder zu solchen Übertreibungen ansetzt. Das wird der Diskussion nicht gerecht. Wenn ich dann in der KMU-Wirtschaft oder bei den grössten Firmen – wo auch immer – Diskussionen führe und gleichzeitig solche Anträge einfach unbegründet aus dem Hut gezaubert werden, ist das nicht zur Stärkung dieser Diskussionen.

Deshalb ist es schade, dass man hier nicht auf dem Teppich geblieben ist. Wahrscheinlich ist es so, dass das mit der Taube und mit dem Spatz, was auch die Vorrednerin und der Vorredner gesagt haben, heute im Zentrum steht. Leider, und das ist der grosse Wermutstropfen, wird die Lösung des 14-wöchigen Mutterschaftsurlaubs mit dem 2-wöchigen Vaterschaftsurlaub in erster Linie ein veraltetes Rollenmodell zementieren – aber das ist, wie gesagt, Ihr Antrag. Wir werden dem mehrheitlich zustimmen, weil es der einzige ist, der mehrheitsfähig ist – leider. Dann müssen wir schauen, dass die Motion Müller Philipp 19.3738, die 8 Wochen und 8 Wochen verlangt, umgesetzt wird, was das deutlich bessere Modell ist. Aber das braucht halt vielleicht noch einige Jahre.

Ich mache noch eine kurze Bemerkung. Es wird ja immer diese ILO-Vereinbarung ins Feld geführt. In den Kommissionsberatungen wurde auch klar, dass die ILO-Vereinbarung von skandinavischen Ländern genau aus dem Grund nicht unterzeichnet wurde, weil eben mit dem Eingehen der ILO-Vereinbarung die Flexibilität zu gering ist. Das sollte vielleicht auch zu Denkprozessen Anlass geben, dahingehend, dass wir die Flexibilität entsprechend erhöhen sollten.

Ein Argument, das mir noch am Herzen liegt, ist ein anderes. Wenn man über diese 2 Wochen Vaterschaftsurlaub diskutiert und das eigentlich so darstellt, dass nach 14 Tagen alle gleich wieder arbeiten gehen, darf man auch – das ist halt dann eine private und eine Verhandlungssache – immer wieder erwähnen: Es ist auch nicht verboten, wenn man Vater oder Mutter wird, auch eigene Ferien zu beziehen. Wir haben jedes Jahr im Grundsatz immerhin noch vier Wochen Ferien – oder wie viele Wochen auch immer. Diese Ferienwochen kann man auch im Rahmen einer Vaterschaft und wenn man neu Vater wird beziehen. Das geht in den Diskussionen oftmals völlig unter. Ich hoffe trotzdem, dass diese Wahlfreiheit des Ferienbezugs zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verhandelt werden kann.

Deshalb empfiehlt die Mehrheit der Fraktion die Volksinitiative zur Ablehnung, tritt in einer Mehrheit auf den indirekten Gegenvorschlag ein und ist also damit klar für die 2 Wochen Vaterschaftsurlaub.

Gmür-Schönenberger Andrea (C, LU): Herr Kollege, ich habe eine Frage zu Ihrem Elternzeitmodell, das ja von überhaupt keiner Partei unterstützt wird, weil es eigentlich komplett unrealistisch ist. Einerseits verstösst es gegen internationale Abkommen – Sie haben es selbst gesagt –, andererseits verstösst es gegen unser Arbeitsgesetz, weil eine Mutter nach 8 Wochen noch nicht wieder zur Arbeit gehen soll und darf. Die 14 Wochen



sind auch ein ungeteiltes Recht.

Deshalb: Warum stellen Sie eine derartig unrealistische Forderung, die auch gegen unser eigenes Gesetz verstößt?

Wasserfallen Christian (RL, BE): Sie sind nicht gut informiert, Frau Gmür-Schönenberger; im Arbeitsgesetz sind 8 Wochen vorgesehen. Wenn ich sage "8 Wochen für die Frau und 8 Wochen für den Mann", würde das mit dem Arbeitsgesetz gerade gehen. Das ist der erste Punkt; da sind Sie schlecht informiert.

Der zweite Punkt ist: Es ist auch einmal möglich, von internationalen Konventionen abzuweichen. Sie sagen ja immer, die skandinavischen Modelle seien so flexibel usw., aber ein Teil dieser Länder hat eben genau aus diesem Grund die Vereinbarung der ILO nicht unterzeichnet. Das muss Ihnen auch zu denken geben; dort muss die CVP also vielleicht auch noch einen Denkprozess machen. Wir haben diesen gemacht – Sie haben das in meinem Votum gehört. Aber Sie sollten vielleicht auch einmal überlegen, dass es Mütter gibt, die nach 10 Wochen wieder arbeiten möchten: weil sie das können, weil sie das wollen und weil es vielleicht auch notwendig ist. Da schütteln Sie den Kopf und lachen alles weg, aber das macht Ihre Argumentation nicht besser.

Kälin Irène (G, AG): Es ist lange gegangen in der Schweiz, bis wir eine einigermaßen anständige Mutterschaftsversicherung eingeführt haben – viel zu lange. Und unser Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen ist nicht gerade eine familienpolitische Offensive, sondern eher ein minimalistischer Beitrag an die Gesundheit der Mütter und der Babys. Echte Familienpolitik sieht anders aus.

Und nun sprechen wir also darüber, ob es auch einen Vaterschaftsurlaub braucht – endlich. Und ja, es braucht ihn – und

AB 2019 N 1453 / BO 2019 N 1453

wie es ihn braucht! – für die Väter, für die Mütter, für die Kinder und für unsere Gesellschaft. Er ist längst überfällig. Das zeigen auch all jene Arbeitgeberinnen, die ihren Arbeitnehmenden bereits heute einen Vaterschaftsurlaub zugestehen und finanzieren. Freilich sind die von der Initiative geforderten 4 Wochen und die im Gegenentwurf davon übrig gebliebenen 2 Wochen viel zu wenig, so, wie auch die Diskussion über Mutterschaftsurlaub und Vaterschaftsurlaub bereits überholt ist. Was Familien brauchen, ist Elternzeit; was Eltern brauchen, ist Elternzeit; was Kinder brauchen, ist Elternzeit; was die Gleichstellung voranbringt, ist Elternzeit. Aber reden wir über Vaterschaftsurlaub! Halten wir uns den unglaublichen Missstand vor Augen, dass Väter heute per Gesetz nur gerade Anspruch auf einen einzigen freien Tag haben, wenn sie ein Kind bekommen – einen einzigen Tag! Und das, obwohl in der Regel bereits die Geburt eines Kindes länger dauert. Der Start ins Familienleben ist heute gleichbedeutend mit einem Umzug: Für beides gibt es einen Tag frei. Während die Organisation des Umzugsservice auf ein bestimmtes Datum fixiert werden kann, halten sich Kinder nur selten an ihren errechneten Geburtstermin. Und so kann es sogar bei guter und vorausschauender Organisation geschehen, dass die Ferien, die man als Mann extra für den Vaterschaftsurlaub reserviert hat, verstreichen, während das Kind auf sich warten lässt.

So viel zum Thema, es braucht den Vaterschaftsurlaub nicht, denn man könnte dafür ja Ferien nehmen. Das kann man nur bedingt, und der Start ins Familienleben hat ganz sicher nichts mit Ferien zu tun.

Kommen wir zum zweiten Märchen, es braucht den Vaterschaftsurlaub nicht, denn die Mutter sei ja da, habe Mutterschaftsurlaub, und alles, was das Kind kurz nach der Geburt braucht, könne die Mutter sowieso besser: Es ist richtig, dass Väter zwar schlecht stillen können und des Gebärens bisher unfähig geblieben sind, aber sonst können Väter doch eine ganze Menge: Väter können ihre Kinder baden, die Nabelschnur pflegen, ihnen frische Windeln umbinden und alte entsorgen, ihnen Kleider aus- und anziehen, den Schoppen wärmen, den Schoppen geben, die "Milchgörpsei" weg- und aufwischen, den Kinderwagen herumfahren, das Kind herumtragen, wenn es Magenkrämpfe hat, das Kind herumtragen, wenn es weint, das Kind herumtragen, wenn es nicht schlafen kann, und das Kind herumtragen, wenn es schlafen kann. Selbstverständlich ist die Reihenfolge dabei völlig frei und nicht abschliessend, und in der Regel wiederholt sie sich in nicht vorhersehbarer Abfolge. Vor diesem Hintergrund sollte längst unbestritten sein, dass es den Vater genauso braucht wie die Mutter, ja mehr noch: Der Vaterschaftsurlaub ist eine Chance für die ganze Familie, der Startpunkt für eine freiere Rollenverteilung und eine grosse Entlastung für die Mütter. Eine freiere Rollenverteilung bedeutet, unabhängig vom Geschlecht die gleichen Freiheiten zu haben, auch als Eltern. Ein anständiger Vaterschaftsurlaub ist unentbehrlich für mehr Gleichstellung und eine faire Aufgabenteilung innerhalb der Familie, auch wenn der Name für gleichgeschlechtliche Frauenpaare fragwürdig ist und bleibt und den Regenbogenfamilien mit den vorliegenden Entwürfen nicht Rechnung getragen wird.

Kommen wir zum letzten Märchen: Die Wirtschaft kann sich das nicht leisten. Solange es sich die Wirtschaft



leisten kann, Männer und hin und wieder auch Frauen jährlich für den Militärdienst zu entbehren, ist sie mit Sicherheit auch fähig, Väter zu entbehren, damit diese sich um ihre Kinder kümmern können und sich als Familie organisieren lernen. Denn während die Nachhaltigkeit im ersten Falle nicht unbestritten ist, so ist der nachhaltige Nutzen eines Vaterschaftsurlaubs sicher. Kinder sind die Zukunft unseres Landes – auch unserer Wirtschaft.

Namens der Grünen bitte ich Sie, allen Minderheiten zu folgen, welche über den "schmürzeligen" Gegenentwurf des Ständerates von 2 Wochen und die minimalistische Initiative hinausgehen, und insbesondere die Minderheiten III, II und I für eine Elternzeit zu unterstützen. Wir müssen heute einen Schritt vorwärts machen, und wir tun uns und insbesondere unseren Kindern einen grossen Gefallen, wenn wir da nicht die kleinstmögliche Variante wählen. Oder mit der Metapher von heute: Wir nehmen den Spatz in der Hand, aber wir wollen die Taube.

Mazzzone Lisa (G, GE): On entre à la maternité le ventre rebondi, la main lovée dans celle de son conjoint, et l'avenir chargé de promesses. On en ressort un bébé dans les bras et la société dans la figure, cette vieille société, patriarcale et conservatrice. On est épuisée, le corps lessivé. Et le conjoint s'en va, il retourne au travail. Alors on reprend l'histoire: "l'appartement est là, la machine à laver aussi, le bébé pleure, j'aimerais quand même aller me laver une fois dans la journée, la couche n'a pas tenu, il faudrait que je fasse la lessive et quand même, puisque je suis là, c'est à moi de passer l'aspirateur."

On entre à la maternité en couple moderne – il travaille, je travaille –, on en sort en faisant un bond en arrière. La société nous fait entrer de force dans la case qu'elle nous a réservée en tant que femmes, le soin aux proches et la charge mentale.

C'est une période difficile. La dépression post-partum concerne une femme sur huit en Suisse et presque autant de pères, selon les Hôpitaux universitaires de Genève. La césarienne, qui demande un temps de récupération plus important, concerne un tiers des mères. Etre deux à la maison, ce n'est pas du luxe, c'est simplement nécessaire.

La plus grande rupture en termes d'égalité hommes-femmes survient à la naissance d'un enfant. Comme l'écrit Travail Suisse, le phénomène est enfin confirmé par la recherche. La maternité est un facteur qui discrimine les femmes sur le marché du travail. Le plus souvent, la discrimination qui en résulte est le licenciement ou le départ "d'un commun accord". C'est clair dans les statistiques: 80 pour cent des jeunes mères travaillent à temps partiel, contre moins de 40 pour cent des femmes sans enfant. Et évidemment, seul un père sur neuf ne travaille pas à plein temps.

L'histoire que je vous raconte est celle de la séparation traditionnelle des tâches et des rôles. Elle a toujours deux faces. Si l'on change une des faces, l'autre change aussi. Donc, selon notre loi, les pères, eux, n'ont rien à faire à la maison. Lors de la naissance d'un enfant, on leur concède un jour, comme pour un déménagement – pourtant cela déménage bien plus qu'une armoire! Et nous sommes le seul pays européen à ne pas octroyer de congé-paternité.

C'est un sujet recalé de la politique fédérale. Pourtant, n'est-ce pas le sujet le plus fondamental de notre société que d'assurer son renouvellement? N'est-ce pas là que l'on devrait investir collectivement de l'argent?

La Commission fédérale pour les questions familiales a démontré, à travers une revue de la littérature scientifique, tous les effets bénéfiques d'un congé parental. D'abord, et c'est probablement le plus important, cela améliore la santé de l'enfant et son développement, avec des répercussions jusque dans ses résultats scolaires. Ensuite, cela améliore la santé des mères; plus le congé est long, plus le risque d'épuisement physique et psychique diminue. Enfin, le congé parental est primordial pour les pères; il développe leur relation avec l'enfant et entraîne une plus grande participation aux tâches de prise en charge, tout en améliorant leurs compétences éducatives.

Les effets ne sont pas seulement privés, ils sont aussi économiques. Le congé parental permet à la mère de travailler davantage. Or, en Suisse, 18 pour cent des mères employées à temps partiel souhaiteraient travailler davantage. Mais pour cela, il faut que les tâches soient mieux réparties. Pour les entreprises, c'est aussi une chance, car le congé parental améliore la productivité, le chiffre d'affaires et l'ambiance au travail. Il permet surtout de réduire la fluctuation du personnel. Et que l'on ne nous dise pas qu'il est compliqué de se passer d'un homme; quand il fait du service militaire, on trouve toujours une façon de le faire. Le congé parental mettrait enfin les hommes et les femmes sur un pied d'égalité dans le monde du travail, quand la maternité ou la paternité ou la parentalité arrive.

Enfin, selon une étude de l'Union européenne, une augmentation du taux d'emploi des femmes de seulement 1 pour cent généreraient suffisamment de revenus fiscaux pour compenser



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2019 • Dritte Sitzung • 11.09.19 • 08h00 • 18.052
Conseil national • Session d'automne 2019 • Troisième séance • 11.09.19 • 08h00 • 18.052



AB 2019 N 1454 / BO 2019 N 1454

un congé parental intégralement rémunéré de 18 à 20 semaines.

L'objectif est clair: il s'agit d'atteindre l'égalité et de permettre aux familles d'adopter une répartition des tâches équilibrées. Que les mères puissent également développer leur vie active pleine et entière, et que les pères prennent en charge la moitié des tâches domestiques et d'éducation, ainsi que de la charge mentale. Ce n'est pas une question de responsabilité individuelle, mais de possibilité. Voilà pour le principe.

S'agissant des détails, l'initiative pour un congé de paternité demande 4 semaines; c'est trop peu. Alors 2 semaines, c'est vraiment trop peu. Selon les études, les vrais effets sont constatés à partir de 8 semaines.

Les Verts revendentiquent, depuis de longues années, un véritable congé parental, dont une partie est réservée au père et l'autre à la mère, avec une flexibilité possible dans l'organisation du congé, et cela sur deux années. Cela fait des années que nous mentionnons les exemples nordiques. Si ces pays arrivent à le faire, il n'y a pas de raison que nous n'y arrivions pas.

C'est pourquoi nous avons déposé une proposition de minorité pour un congé parental de 52 semaines, partagé entre le père et la mère, avec 14 semaines à prendre directement par la mère à la naissance de l'enfant, et le reste à répartir sur deux ans.

Alors, que ce soit une fois pour toutes: que ce soit le congé maternité, ou le congé-paternité, ou le congé parental, ce ne sont pas des vacances, c'est nécessaire, et ce, pour la collectivité.

Je vous remercie de soutenir notre proposition de minorité.

Munz Martina (S, SH): Wer hätte je gedacht, dass ich hier vorne stehen und die Rechte der Männer vertreten würde? Tatsächlich würde ich heute lieber für einen Elternurlaub einstehen, besser gesagt für eine Elternzeit, die diesen Namen verdient.

Gleichstellung heisst: Männer und Frauen übernehmen bei der Erziehungsarbeit gleichberechtigt Verantwortung. In unserer Gesellschaft, in der die Frauen immer noch den grossen Teil der Familienarbeit leisten, heisst das: Die Erziehungsbeteiligung der Väter muss zur Selbstverständlichkeit werden.

Eine kürzlich herausgekommene Unicef-Studie zur Familienfreundlichkeit von 31 europäischen Ländern stellt der Schweiz ein schlechtes Zeugnis aus: Sie rangiert auf dem letzten Platz. Der kurze Mutterschaftsurlaub und der fehlende Vaterschaftsurlaub sind die Gründe für das miserable Abschneiden der Schweiz. Die Schweiz, die sich gerne fortschrittlich und innovativ zeigt, ist bezüglich Rückständigkeit bei Gesellschaftsfragen kaum zu überbieten. Die Schweiz ist diesbezüglich ein Entwicklungsland.

Die Argumente, ein 4-wöchiger Vaterschaftsurlaub sei eine radikale Forderung, wirtschaftsfeindlich und zu teuer, sind unglaublich und ignorieren Fakten. 4 Wochen Vaterschaftsurlaub kosten die Wirtschaft gerade mal 1 Lohnpromille. Wer allen Ernstes behauptet, unsere Wirtschaft könne sich das nicht leisten, hält wenig von ihrer Leistungsfähigkeit. Ein Vaterschaftsurlaub erhöht sogar die Erwerbsquote von Frauen. Die Eidgenössische Kommission für Familienfragen, die dem Bund sogar 38 Wochen Elternzeit empfiehlt, schreibt, dass eine mehrmonatige Elternzeit zu mehr Arbeitskräften und mehr Steuereinnahmen führen würde, wobei schon die Erhöhung der Erwerbsquote der Frauen um 1 Prozent die Kosten der Elternzeit decken würde. Die Wirtschaft, die immer über Fachkräftemangel klagt, würde also klar profitieren.

In diesem Saal hören wir oft, dass der Staat sich nicht in Familienangelegenheiten einmischen soll. Genau das tun wir aber mit dem heutigen System: Bis zur Geburt des ersten Kindes sind die Eltern in der Arbeitswelt weitgehend gleichgestellt. Mit dem ersten Kind wird den Eltern aber ein traditionelles Rollenmodell aufgezwungen. Machen wir jetzt einen ersten, wenn auch minimalistischen Schritt! Wir sprechen noch nicht von einer mehrmonatigen Elternzeit, sondern erst von einem 2- bis 4-wöchigen Kurzurlaub für Väter. Der Bundesrat lehnt sogar diese Forderung ab. Er verweist auf individuelle Lösungen und darauf, dass der Vaterschaftsurlaub schon in vielen Gesamtarbeitsverträgen Eingang gefunden hat. Tatsächlich nutzen schon viele fortschrittliche Firmen einen längeren Vaterschaftsurlaub als Marketinginstrument. Doch der Bundesrat verwehrt sich mit seiner Haltung der gesellschaftlichen Entwicklung und hält am patriarchalen Rollenbild fest.

Ich bin froh, dass sich die nationalrätliche Kommission mit dem indirekten Gegenvorschlag wenigstens für einen ultrakurzen Vaterschaftsurlaub ausspricht. Wie herzlos und wenig grosszügig dieser Gegenvorschlag ist, zeigt sich in Artikel 16j Absatz 3 Litera d: "Der Anspruch endet, wenn das Kind stirbt." Das müssen wir ändern! Ich stelle aber hier keinen Antrag, denn ich will den Gegenvorschlag nicht gefährden. Diese Litera d gehört aber gestrichen.

Ich bitte Sie: Setzen Sie heute ein Zeichen für einen Vaterschaftsurlaub, auch wenn dies noch keine Kehrtwende in der Familienpolitik der Schweiz bedeutet! Die Schweiz hat Handlungsbedarf: Die Schweiz kennt als einziges europäisches Land keine Elternzeit und keinen Vaterschaftsurlaub.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2019 • Dritte Sitzung • 11.09.19 • 08h00 • 18.052
Conseil national • Session d'automne 2019 • Troisième séance • 11.09.19 • 08h00 • 18.052



Empfehlen Sie die Initiative zur Annahme, und stimmen Sie dem indirekten Gegenvorschlag zu!

Imark Christian (V, SO): Frau Kollegin, Sie haben jetzt betreffend diesen Vaterschaftsurlaub immer nur von Kosten für die Wirtschaft gesprochen. Ist Ihnen bewusst, dass es auch Betriebe gibt, die nicht Swisscom heissen, dass es Kleinbetriebe gibt – Einmannbetriebe, Zweimannbetriebe, Dreimannbetriebe –, die organisatorisch enorme Schwierigkeiten haben, wenn sie das Personal für einen Monat oder zwei Wochen ersetzen müssen? Ist Ihnen das bewusst?

Munz Martina (S, SH): Vielen Dank für diese Frage, Herr Imark. Mit Ihrer Frage zementieren Sie das Rollenbild. Wenn ein Arbeitgeber eine Frau oder einen Mann anstellt, dann soll er bei beiden genau die gleichen organisatorischen Voraussetzungen haben. Indem Sie sagen, dass die Mütter die Erziehungsarbeit zu leisten haben, dass sie als alleinige Zuständige in den Mutterschaftsurlaub gehen, zementieren Sie das patriarchale Rollenbild. Das wollen wir nicht. Wir wollen Gleichstellung.

Candinas Martin (C, GR): Frau Munz, Sie haben gesagt, der Gegenvorschlag sei herzlos. Können Sie dazu noch einige Ausführungen machen? Sie sagen gleichzeitig, Sie wollten den Gegenvorschlag unterstützen; heute haben wir 1 Tag, mit dem Gegenvorschlag hätten wir 2 Wochen.

Munz Martina (S, SH): Vielen Dank für diese Frage. Ich habe gesagt, dieser Artikel 16j Absatz 3 Buchstabe d, wonach der Vaterschaftsurlaub endet, wenn das Kind stirbt, sei herzlos. Ich gehe davon aus, dass Väter wie Mütter emotional an Kinder gebunden sind. Deshalb kann es nicht sein, dass sie, wenn das Kind stirbt, am nächsten Tag arbeiten gehen müssen. Ich habe mich auf diese Bestimmung bezogen.

Müller-Altermatt Stefan (C, SO): Kennen Sie die "Eselgeneration"? Diese Generation heisst "Eselgeneration", weil ihr alles aufgeladen wird. Das sind die, sagen wir mal, 30- bis etwa 45-jährigen Frauen und Männer, die jetzt eben Kinder haben – man hat die Kinder mittlerweile etwas später als noch vor ein paar Generationen. Es ist gleichzeitig die Generation, die Eltern hat, welche mitunter auch schon im fortgeschrittenen Alter sind oder die weit weg wohnen, weil man heute mobiler ist. Es ist die zahlenmässig schwache Generation nach dem Pillenknick, die mit weniger Menschen die gewachsene Wirtschaftsleistung dieses Landes erbringen muss. Es ist die Generation, die eben mit den weniger Menschen, die sie bilden, auch noch einen Beitrag an das Milizwesen leisten soll, von der Armee über die Gemeinden bis zu den Vereinen und den wohltätigen Institutionen. Ich habe heute von Frau Herzog gehört, die Sozialwerke seien wegen der Demografie fast nicht mehr bezahlbar. Wir müssen wissen, wer die Sozialwerke in der heutigen Zeit trägt: Es ist diese "Eselgeneration", es ist die Generation, der wir all, all dies aufgeladen haben. Es ist die Generation, die in

AB 2019 N 1455 / BO 2019 N 1455

der Rushhour des Lebens steht, in einer Rushhour, die heute noch viel intensiver, noch viel praller ist als früher. Ich bitte Sie, wenn wir über den Vaterschaftsurlaub sprechen, die Situation dieser Generation vor Augen zu haben, denn bei dieser Generation müssen wir die grosse Linie markieren. Es geht doch hier nicht einfach nur um Rollenbilder, um Mann und Frau: Es geht um eine Generation! Wenn wir diese grosse Linie kennen, dann kommen wir uns, wenn wir uns in kleinen Details verlieren, vielleicht sogar ein bisschen kleinkariert vor. Diese Generation stellt jetzt den Antrag, dass sie in dieser Rushhour des Lebens, wenigstens nach der Geburt der Kinder, in deren erstem Lebensjahr, für 4 Wochen uneingeschränkt Zeit für die Kinder erhält. Sie stellt den Antrag, dass die Rushhour während 4 Wochen an ihr vorüberziehe.

Dieser Wunsch entspringt nicht der Bequemlichkeit der jungen Eltern und auch nicht einer überbordenden Anspruchshaltung. Im Gegenteil: Er entspringt dem Wunsch, dass die Väter, um die es hier letztlich geht, eben noch mehr Verantwortung übernehmen können, dort, wo sie am allermeisten gebraucht werden: in der Familie, in der Keimzelle unseres Gemeinwesens.

Mir ist sonnenklar – das haben wir heute auch gehört –, dass diese Verantwortung weiter geht als jene nur während des ersten Lebensjahrs. Ich weiss auch, wovon ich rede; ich habe selber vier Kinder. Die Unterstützung durch den Staat und durch die Wirtschaft, damit man diese Verantwortung wahrnehmen kann, wirkt aber eben genau in diesem ersten Lebensjahr am meisten. Sie wird sich für Staat und Wirtschaft auch auszahlen, weil diese Unterstützung nicht nur Kosten verursacht, sondern auch wieder einen Gewinn abwirft. Es ist insofern ein Gewinn, als die "Eselgeneration" ihre Aufgaben wieder wahrnehmen kann. Es gibt auch viele, meistens grössere Unternehmen, die das wissen. Diese gewähren deswegen einen grosszügigen Vaterschaftsurlaub. Die KMU können das in der Regel nicht tun. Genau deshalb, für die KMU, wollen wir eben auch einen staatlichen Vaterschaftsurlaub. Diese sind darauf angewiesen, damit sie den Anschluss nicht verlieren.



Es waren diese grossen Linien, es war die unbedingte Notwendigkeit eines Vaterschaftsurlaubs für diese Generation in unserer veränderten Gesellschaft, die mich bewogen haben, beim Initiativkomitee mitzumachen. Die vorgeschlagenen 4 Wochen sind ein massvoller Vorschlag. Sie sind bereits ein Kompromiss, wenn man auf die europäische Landkarte schaut. Eigentlich ist es, wenn man sich die Situation in der Schweiz vor Augen führt, fast schon traurig, dass meine Partei und nun die Kommission diesen Gegenvorschlag mit den 2 Wochen überhaupt machen müssen, damit man dann wenigstens so viel, diesen ganz kleinen Spatz, in der Hand hält. Für mich ist also klar: Ich befürworte diese Initiative, ich sage auch Ja zum Gegenvorschlag, weil ich einsehe, dass es in diesem trägen Parlament, das mitunter etwas weit weg ist von der Lebensrealität unserer Familien, halt einfach diesen ersten Schritt braucht. Bitte sagen auch Sie Ja. Ich danke Ihnen herzlich.

Büchel Roland Rino (V, SG): Geschätzter Kollege, Sie haben das Sprachbild der "Eselgeneration" verwendet. Glauben Sie nicht, dass diese Generation noch viel mehr zum Esel wird, wenn man ihr die enormen Kosten aufbürdet, die Sie ihr aufbürden wollen?

Müller-Altermatt Stefan (C, SO): Diese enormen Kosten, von denen Sie sprechen, sind Peanuts im Vergleich zu dem, was diese Generation eben für die anderen Generationen trägt. Es ist absolut im Sinne des Generationenvertrages, dass diese Generation jetzt auch einmal etwas erhält. Dieser kleine Teil, diese enormen Kosten, von denen Sie reden, dieser eine Kaffee pro Jahr, der macht den Braten dann nicht feiss.

Portmann Hans-Peter (RL, ZH): So wie sich der Erdball dreht, so verändern sich auch die Gesellschaften von Generation zu Generation. Wenn man sich, so wie ich, einer gesellschaftsliberalen Politik verschrieben hat, dann muss man eben auch nicht nur für seinesgleichen und nicht nur zum Beispiel für ältere Generationen Politik betreiben, sondern man muss sich einer Politik für Generationen, die nachfolgen, verschreiben, von der man selber nicht mehr profitieren kann.

Diese nachfolgenden Generationen haben heute zum Teil eine andere Lebensphilosophie, als wir sie haben. Sie wollen nicht mehr einfach arbeiten und möglichst viel Geld verdienen bis zum Herzinfarkt. Da hat sich was geändert. Sie verstehen zum Teil unter Lebensqualität etwas anderes, als wir es tun. Dazu gehören eben auch Eltern und Väter, die nach einer Geburt das Familienleben intensiv leben wollen. Klar muss das immer auch im Einklang mit den Belastungen sein, die es auslöst. Selbstverständlich müssen sich auch diese Generationen Gedanken machen, welche Belastungen sie gewillt sind zu tragen, um ihrer Lebensphilosophie näher kommen zu können.

Ganz quer in der Landschaft stehen dann natürlich Vorschläge – ich nehme die auch nicht ganz ernst, und ich finde, das schadet leider auch der Thematik –, die hier zum Beispiel 52 Wochen ins Spiel bringen. Darauf kann man unseriöse Antworten geben. Das versuche ich jetzt hier: Wenn so was durchkäme, dann, muss ich Ihnen als Milizpolitiker sagen, würde ich mein Berufsengagement ändern: Ich wäre dann professioneller Samenspender und würde bis zum Erreichen des AHV-Alters alle 52 Wochen Vater. Das wäre dann eine tolle Kombination eines Teil-Milizengagements zusammen mit diesem Amt hier drin!

Das war jetzt, ich habe es Ihnen gesagt, eine unseriöse Antwort auf unseriöse Vorschläge.

Unsere Aufgabe ist es, hier drin ausgewogene Lösungen zu bringen, aber immer im Blickwinkel zu haben – zumindest ich als gesellschaftsliberaler Politiker habe dies –, dass neue Generationen andere Ansprüche an das Leben haben, als dies meine Generation und Ältere haben. Darum ist es für mich selbstverständlich: Ein Vaterschaftsurlaub gehört dazu.

Der indirekte Gegenvorschlag ist eine ausgewogene Lösung, die vor allem einen Blick auf die Finanzierung hat und auch ein Auge auf die Belastungen von Kleinunternehmungen wirft. Trotz allem denke ich, eine wirkliche Lösung für den Vaterschaftsurlaub ist die Initiative und wäre noch viel mehr der Elternurlaub. Auch ich gehöre zu jenen, die es sehr, sehr bedauern, dass wir dort keine Lösung gefunden haben. Es ist klar, dass wir den Frauen, wie heute im Arbeitsgesetz festgehalten ist, diese minimalen 8 Wochen, wenn nicht sogar etwas mehr, zugestehen. Aber es ist für mich auch klar: Junge Ehepaare können sich das untereinander viel besser aufteilen – und tun das auch –, wenn man ihnen mehr Zeit gibt. Die Frauen werden da auch nicht zu irgendetwas gezwungen oder übergegangen; das glauben Sie ja selber nicht. Darum ist auch meine Hoffnung, dass die Motion Müller Philipp 19.3738 ein zweiter Schritt wird.

Die Quintessenz ist für mich klar: Ich werde dem indirekten Gegenvorschlag zustimmen. Ich werde aber auch in der Minderheit meiner Fraktion sein und die Volksinitiative zur Annahme empfehlen, weil diese die Bedürfnisse dieser neuen Generation mit anderen Ansprüchen an die Lebensqualität, als wir sie hier drin haben, aufgreift. Ich bitte Sie, das Gleiche zu tun, erwähne aber nochmals: Ich bin in der Minderheit meiner Fraktion. Aber ich betone ganz klar, dass ich ein Vertreter einer gesellschaftsliberalen Politik bin.



Candinas Martin (C, GR): Einmal mehr dürfen wir uns heute in diesem Rat mit dem Thema Vaterschaftsurlaub auseinandersetzen. Nachdem Dutzende Vorstösse, verteilt über zwanzig Jahre, darunter auch meine parlamentarische Initiative 14.415 vom März 2014, die genau die gleichen Forderungen wie der vorliegende Gegenvorschlag beinhaltete, keine Mehrheit in beiden Räten gefunden haben, war eine Volksinitiative nur noch eine Frage der Zeit. Nun liegt sie also vor, und ich bin froh, dass diese Initiative ergriffen wurde und wir heute diese Debatte führen müssen. Diese Initiative hat Druck ausgelöst. Dank der Initiative haben die vorberatenden Kommissionen den vorliegenden indirekten Gegenentwurf ausgearbeitet.

AB 2019 N 1456 / BO 2019 N 1456

Wieso braucht es den indirekten Gegenvorschlag für einen 2-wöchigen Vaterschaftsurlaub?

1. Mit der Geburt des ersten Kindes wird der Lebensalltag von einem Tag auf den anderen praktisch komplett verändert. Bei der Geburt eines weiteren Kindes kommt die Betreuung der Geschwister, die meist im Kleinkindalter sind, dazu. Dafür braucht es auch für die Väter eine Auszeit vom Erwerbsleben.

2. Der Bundesrat ist in seinem Bericht von 2013 zum Thema Vaterschafts- und Elternurlaub zum Schluss gekommen, dass ein Vaterschaftsurlaub die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für junge Familien verbessert und dass ein solcher Urlaub zu einer partnerschaftlichen Rollenteilung in der Familie beitragen kann. Wenn die zunehmend gut ausgebildeten Mütter einen Teil des in der Zukunft stärker benötigten Fachkräftepotenzials darstellen, braucht es die Unterstützung der Väter. Der Vaterschaftsurlaub ist für die ganze Familie und die Gesellschaft sinnvoll und nicht einfach ein Zuckerchen für die Väter.

3. Innerhalb Europas belegt die Schweiz in Bezug auf den Vaterschaftsurlaub den letzten Platz. Die Unternehmen haben den Bedarf längst erkannt. In den letzten Jahren war ständig zu hören, dass Unternehmen einen Vaterschaftsurlaub eingeführt oder verlängert haben. Bei grossen nationalen Unternehmen ist der Vaterschaftsurlaub heute normal. Vor allem KMU können sich heute einen Vaterschaftsurlaub, der einseitig durch die Arbeitgeber finanziert werden muss, allerdings nicht leisten. Genau aus diesem Grund ist der Gegenvorschlag auch KMU-freundlich gestaltet: Arbeitgeber und Arbeitnehmer finanzieren den Vaterschaftsurlaub nämlich paritätisch.

4. Heute wird die Vaterschaft in der Schweiz vom Gesetz so behandelt wie ein Wohnungsumzug. In der heutigen flexiblen und mobilen Gesellschaft kommt ein Wohnungsumzug bei manchen öfters vor als eine Vaterschaft. Somit kann man schon ketzerisch fragen: Ist dies wirklich die Wertschätzung gegenüber den Familien, die unser Land will?

5. Familien brauchen Geld, Zeit und Infrastrukturen. Die tiefe Geburtenrate in der Schweiz zeigt, dass wir für die Familien mehr unternehmen müssen.

Der indirekte Gegenvorschlag anerkennt die Bedürfnisse der Familien, dies bei vertretbaren Kosten und basierend auf dem bewährten 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub. 4 Wochen Vaterschaftsurlaub sind für die KMU in unserem Land eine Belastung. Väter, die den Vaterschaftsurlaub beziehen, müssen ersetzt werden. Bei 2 Wochen lässt sich dies mit bescheidenen Massnahmen verkraften, bei 4 Wochen ist dies nicht mehr der Fall. Ein 2-wöchiger Vaterschaftsurlaub ist somit eine massvolle, sinnvolle und vor allem notwendige Massnahme. Diverse Minderheiten verlangen sogar die Einführung einer Elternzeit. Diese Vorschläge sprengen jeglichen finanziellen Rahmen und sind jeweils noch grosszügiger und kostspieliger als die Volksinitiative. Hier sprechen wir von mindestens 14 zusätzlichen Wochen zum heutigen Mutterschaftsurlaub. Solche Ideen kann und darf sich die Schweiz nicht leisten.

So nahe am Ziel, in der Schweiz einen Vaterschaftsurlaub einzuführen, waren wir noch nie. Nun sollten wir nicht beim letzten Tor unvernünftig und übermütig werden und das Risiko eingehen, einzufädeln und zu verlieren. Die Volksinitiative hat mit dem heutigen Tag ihren Dienst getan. Der indirekte Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative ist pragmatisch, machbar, mehrheitsfähig, KMU-freundlich und wirtschaftskompatibel. Alle anderen Lösungen führen zu politischem Stillstand. Nach zwanzig Jahren Diskussion dürfen wir uns ruhig bewegen.

Ein Verzicht auf einen Vaterschaftsurlaub à la SVP ignoriert die Bedürfnisse der Familien, eine Scheinlösung à la FDP mit einem Elternurlaub, welcher mit dem Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation über den Mutterschutz nicht kompatibel ist, ist nicht ehrlich. Und 4 Wochen Vaterschaftsurlaub und mehr à la SP ist für unsere Wirtschaft, gerade für die KMU, nicht tragbar.

Unsere Aufgabe hier drin ist es, Mass und Mitte zu finden, Solidarität und Freiheit zu verbinden, die Schweiz zusammenzuhalten. So ist es denn auch wenig überraschend, dass der Gegenvorschlag von der CVP kommt und beide Kommissionssprecher der CVP-Fraktion angehören.

In diesem Sinne bitte ich Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und den indirekten Gegenentwurf zu unterstützen.



Burgherr Thomas (V, AG): Ich nehme es vorweg: Ich lehne die Volksinitiative für die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs von 4 Wochen sowie den Gegenvorschlag für die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs von 2 Wochen entschieden ab.

Zur Begründung: Ich bin nicht gegen einen Vaterschaftsurlaub, ich habe auch einen solchen bezogen. Hingegen will ich diesen nicht gesetzlich festschreiben. Ich will keinen verordneten und staatlich subventionierten Zwangsurlaub, wie dies die vorliegende Initiative, aber auch der Gegenvorschlag vorschlägt. Familienpolitik soll keine Staatsaufgabe sein. Aber auch im Sinn der Sicherung unserer Sozialwerke lehne ich einen weiteren Ausbau unseres Sozialstaats ab.

Als Bauunternehmer und Arbeitgeber weiss ich, dass die Grenzen der Tragbarkeit schon längst erreicht sind. Ein Vaterschaftsurlaub würde die Wirtschaft mit zusätzlichen Abgaben belasten. Als Unternehmer muss ich Ihnen sagen, dass diese Mehrkosten nicht in allen Branchen weiterverrechnet werden können. Die Mehrausgaben von 230 Millionen Franken für den 2-wöchigen Vaterschaftsurlaub könnten schon mit dem heutigen EO-Ansatz nicht gedeckt werden. Die Umsetzung der Initiative für 4 Wochen würde uns sogar 460 Millionen Franken pro Jahr kosten. Die Wirtschaft, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sind vielfach schlachtweg nicht in der Lage, immer höhere Beiträge und Lohnabzüge in Kauf zu nehmen. Staatliche Einheitslösungen werden der modernen Gesellschaft nicht mehr gerecht. In diesem Bereich benötigen wir deswegen auf Gesetzesstufe keine Vorgaben. Viel wichtiger ist, dass die Sozialpartner und die Betriebe hier die Verantwortung und den Lead übernehmen. Gefragt sind auf der Ebene der Gesamtarbeitsverträge und/oder auf Stufe Betrieb individuelle und flexible Lösungen, welche für die Branchen sinnvoll und tragbar sind. Dabei wird die Lösung für ein KMU anders aussehen als für einen Grossbetrieb. Als dreifacher Vater weiss ich aus eigener Erfahrung, dass mit den heutigen Arbeitszeitmodellen und den vielfältigen Möglichkeiten zur Flexibilisierung den Vätern viele Optionen zur Verfügung stehen, um ihre Pflichten innerhalb der Familien hinreichend wahrzunehmen.

Väter, welche diese Pflichten wirklich ernst nehmen, investieren gerne ihre vorgearbeiteten Gleitstunden oder ihr Ferienguthaben für ihr Kind und ihre Familie. Auch die Praxis zeigt doch, dass dies funktioniert. Heute beziehen Väter im Durchschnitt zwischen 3 und 6 Wochen Vaterschaftsurlaub, ohne gesetzlichen Zwang. Für eine ideale Vater-Kind-Beziehung braucht es sowieso eine langfristig ausgerichtete Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das zeigt, dass ein gesetzlicher Vaterschaftsurlaub von 20 respektive 10 Tagen das Problem nicht an der Wurzel packt. Hier ist jede einzelne Familie zusammen mit der Branche und den Betrieben eigenverantwortlich gefordert. Diese sollen sich darum bemühen, nachhaltige Lösungen für einen eigenverantwortlichen und betriebsindividuellen Vaterschaftsurlaub zu finden. Auch in meinem Betrieb nehme ich diese Verantwortung zusammen mit den Sozialpartnern und meinen Arbeitnehmern wahr.

In diesem Sinne empfehle ich Ihnen die Ablehnung der Initiative sowie des Gegenvorschlages.

Glättli Balthasar (G, ZH): Wir sprechen heute über zwei ganz unterschiedliche Anliegen: über den Vaterschaftsurlaub auf der einen und über eine Elternzeit auf der anderen Seite.

Ein bezahlter Vaterschaftsurlaub von 4 Wochen müsste eigentlich schlicht eine Selbstverständlichkeit sein, für die Mutter, für den Vater, für das neugeborene Kind und vielleicht auch für seine Geschwister. Ich hatte das Privileg, dass ich mir einen Vaterschaftsurlaub von 4 Wochen leisten konnte, als vor gut 19 Monaten meine Tochter zur Welt kam. Ich möchte keine Sekunde davon missen, obwohl ich die Bezeichnung "Urlaub" für diese Zeit nicht gerade treffend finde. Es war für alle von uns eine aufwühlende Zeit. Es war eine Zeit, in welcher man sich und seine Partnerin

AB 2019 N 1457 / BO 2019 N 1457

beziehungsweise seinen Partner ganz neu kennengelernt hat. Es war eine Zeit, die für das Paar – für jedes Paar, wie ich denke – und natürlich auch für die neue Familie ganz wichtig war. Ich will, dass ein solcher Vaterschaftsurlaub kein Privileg von Familien bleibt, die dafür die finanziellen Mittel haben. Ich will, dass es kein Privileg jener ist, die bei einer fortschrittlichen Firma arbeiten. Ein Vaterschaftsurlaub muss ein Recht sein, kein Privileg.

Es wird gesagt, dass fortschrittliche Firmen das ja heute schon machen. Da muss ich Ihnen sagen: Nicht alle Firmen haben finanziell die gleiche Möglichkeit, das zu machen. Genau deshalb braucht es eben eine Regelung, zu welcher alle etwas beitragen und bei der alle betroffenen KMU dann auch etwas erhalten können. Ich komme zum zweiten Punkt, zur Elternzeit: Hier geht es aus meiner Sicht um etwas ganz anderes. Es geht nicht nur um die Frage der Kinder, um die Frage der jungen Familien, sondern im Kern um die Frage der Gleichstellung in der Gesellschaft. Es geht darum, dass heute Frauen ab dem Moment, in dem sie ein Kind haben, strukturell schlechtergestellt werden. Es geht darum, dass heute Frauen, weil sie ein Kind haben könnten, strukturell schlechtergestellt werden. Die Frage nach der Familienplanung oder ob allenfalls ein Kind



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2019 • Dritte Sitzung • 11.09.19 • 08h00 • 18.052
Conseil national • Session d'automne 2019 • Troisième séance • 11.09.19 • 08h00 • 18.052



unterwegs sei, ist zwar verboten, wenn man jemanden anstellt. Ich muss Ihnen aber ehrlich sagen: Ich habe auch schon Menschen angestellt, und man macht sich im Hinterkopf diese Überlegungen, wenn man ganz ehrlich ist. Man weiss: Diese Frau könnte vielleicht ein Kind kriegen, dann wird sie für eine Zeit fehlen, was ja richtig ist, was sie auch tun können soll. Aber es sollte so sein, dass ich mir diese Überlegung nicht mehr machen muss, weil ich weiss, dass ein Mann, wenn ich einen anstelle, genau gleich lange fehlen wird, wenn ein Kind in seine Familie kommt. Deshalb ist die Elternzeit eben vor allem auch ein Gleichstellungsanliegen. Sie haben gesagt, das sei unbezahlbar. Ich sage: Ja, das ist eben ein unbezahlbarer Schritt vorwärts für die Gleichstellung. Deshalb müssten wir auch Ja sagen zu einer korrekten Elternzeit. Sie sagen, das seien Milliarden, die falsch investiert seien. Ich sage Ihnen: Ich will in die Zukunft investieren, in die Gleichberechtigung statt in Kampfjets und neue Strassen. Investieren wir in Bébés statt in Bomben und Beton.

Riklin Kathy (C, ZH): "Kinder sind Privatsache" – dieser Satz, den ich von SVP- und FDP-Vertretern immer wieder gehört habe und immer noch höre, macht mich, ehrlich gesagt, hässig, verrückt. Nein, es ist eine Aufgabe der Gesellschaft, gute Rahmenbedingungen, Frühförderung und Ausbildung der Kinder, aller Kinder, zu ermöglichen!

Die Schweiz fällt in dieser Beziehung europaweit ab. In der OECD sind wir das absolute Schlusslicht, was den Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub betrifft. Wir kennen überhaupt keinen gesetzlich geregelten und bezahlten Vaterschaftsurlaub. Bei Gesprächen mit Menschen aus anderen europäischen Ländern, welche bekanntlich bis zu zwei Jahren Mutterschaftsurlaub kennen, komme ich wegen unseres mickrigen Vater- und Mutterschaftsurlaubs jeweils in Erklärungsnotstand.

Für Familien in der Schweiz mit mehr als einem Kind wird eine Geburt zu einer kaum lösbarer Herkulesaufgabe. Nach drei Tagen Spitalaufenthalt sollte die Mutter dann ganz alleine alles zu Hause packen. Ohne Grosseltern oder ohne Nanny ist das eine kaum bewältigbare Herausforderung. Das muss sich ändern.

Die jüngere Generation will die gemeinsame Verantwortung für die Kinder übernehmen, sie will mehr Zeit haben für die Familie. Hier muss die Politik Lösungen liefern. Gute privatwirtschaftliche Lösungen, wie sie z. B. Novartis und andere Unternehmen anbieten, reichen nicht. Alle Väter und Mütter sollen die gleichen Chancen haben.

Untersuchungen zeigen, dass mehr Elternzeit auch der Wirtschaft dient. Geregelte Zeit für die Kinder hat grundsätzlich positive Auswirkungen auf familien-, gleichstellungs- und gesundheitspolitischer Ebene. Die Unternehmen profitieren zudem von einer geringeren Mitarbeitenden-Fluktuation, gröserer Produktivität, verbesselter Arbeitsmoral und schlussendlich einem höheren Umsatz. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss mit allen Mitteln konsequent gefördert werden.

Es ist Tatsache, dass in der Schweiz in 71 Prozent der Fälle die Frau den Haushalt macht. Nur in 4 Prozent der Fälle tut dies der Mann.

Statistische Erhebungen zeigen: Am häufigsten arbeitet der Schweizer Mann Vollzeit, die Schweizerin aber Teilzeit. Die Strukturen, die Kinderbetreuung und die gesellschaftlichen Bedingungen müssen es den Frauen ermöglichen, zu 100 Prozent zu arbeiten. Das dient auch der Wirtschaft, da Frauen im Arbeitsprozess bleiben. Bekanntlich führt ein längerer Unterbruch zu grossen Schwierigkeiten beim Wiedereinstieg in den Arbeitsprozess. Es bleibt also noch viel zu tun.

Ich werde dem Gegenvorschlag für 2 Wochen Vaterschaftsurlaub, den die CVP lanciert hat und der für mich ein Schritt in die richtige Richtung ist, überzeugt zustimmen. Ich werde aber auch die Volksinitiative zur Annahme empfehlen. Wir müssen vorwärtsmachen, wir dürfen nicht mehr das Schlusslicht in der OECD sein.

Pardini Corrado (S, BE): Die Debatte heute ist für mich eine Debatte rund um die Frage, in welcher Schweiz wir leben wollen. Es ist eine gesellschaftspolitische Debatte, und sie zeigt zwei mögliche Entwicklungen.

Auf der einen Seite haben wir die Entwicklung der Nationalkonservativen in diesem Saal, die ein Rollenbild zementieren wollen, in dem der Mann arbeitet und die Frau am Herd ist. Es ist eine Gesellschaft, die es akzeptiert, dass die Frau strukturell, gesellschaftlich und wirtschaftlich benachteiligt ist; eine Schweiz, in der man, wenn man von Familie spricht, es bei Lippenbekenntnissen belässt und die Frage der Betreuung dem Zufall überlässt; eine Schweiz, die ein Familienbild zementieren will, das überholt ist, das praktisch überall der Vergangenheit angehört.

Auf der anderen Seite haben wir eine Schweiz, die davon ausgeht, dass Mann und Frau in der Gesellschaft und in der Wirtschaft gleichberechtigt sind, dass überall, wo die Frau strukturell benachteiligt ist, die Politik eingreifen muss und dass sie jegliche Diskriminierung und Schlechterstellung der Frau eliminieren muss. Es ist eine Schweiz, in der die Frau gleichberechtigte Partnerin in einer Gemeinschaft ist, in der sich beide, Partnerin und Partner, um das Wohlergehen der Kinder kümmern. Es ist eine Schweiz mit gleichen Rechten und gleichen



Pflichten in der Familie, in der Gesellschaft, am Arbeitsplatz.

Das ist die Zukunft der Schweiz, und wir debattieren hier heute um mickrige 2 Wochen Vaterschaftsurlaub. Ein Vorredner hat es gesagt: Es ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Mickrige 2 Wochen Vaterschaftsurlaub! Die einzige Kritik, die man machen könnte, ist, dass genau dieser Elternurlaub, den wir anstreben, eigentlich durch diese 2 Wochen torpediert wird, weil diese 2 Wochen das Rollenbild, das die Nationalkonservativen predigen, zementieren.

Die SP will 14 Wochen für die Frauen, 14 Wochen für die Männer und 10 Wochen, die sich die Partnerinnen und Partner aufteilen können. Das ist eine Schweiz, die die Familie, die Kinder und den Menschen in den Mittelpunkt stellt, und nicht eine Schweiz, die die Rüstung und das Abzocken in den Mittelpunkt stellt.

Kollege Glättli hat es gesagt: Heute entscheiden wir, ob wir in die Familien, in die Menschen investieren, wie das die SP will, in Partnerschaft, in Gleichberechtigung und die Eliminierung der strukturellen Benachteiligung der Frauen oder in eine Schweiz, die rückständig ist, die lieber in Rüstung investiert, die lieber noch das Bankgeheimnis verteidigen würde, eine Schweiz, die am Schwanz der progressiven Länder dieser Welt ist. Ich bin froh, dass wir heute einen kleinen, minimalen Schritt in Richtung unserer Schweiz machen.

Roduit Benjamin (C, VS): Raisonnabil, prudent, approprié: voilà les caractéristiques du contre-projet fondé sur l'initiative parlementaire Candinas 14.415 déposée en 2014 déjà. Il s'agit d'un excellent compromis qui permettrait aux familles d'offrir un meilleur accueil à l'enfant à sa naissance, tout en étant supportable pour l'économie et la société. De plus, ce

AB 2019 N 1458 / BO 2019 N 1458

serait une bonne alternative à l'initiative pour un congé de paternité.

Raisonnabil, tout d'abord. A moins d'avoir des oeillères, il n'est plus possible d'ignorer l'évolution des moeurs et des nouveaux modèles d'organisation familiale. Il est raisonnable de penser que les nouvelles générations souhaitent relever avec plus d'efficacité le défi d'une conciliation réussie entre vie professionnelle et vie familiale. La présence active du père auprès de la mère, au sein du couple et auprès des enfants, est une réalité de plus en plus forte.

On peut d'ailleurs s'étonner de la position du Conseil fédéral, qui se contente d'énumérer tous ses efforts en matière d'accueil extrafamilial et parascolaire, comme si cela suffisait et comme si la famille n'existeit plus. Or, détrompez-vous! Des sondages ont récemment démontré qu'une forte majorité de jeunes Suisse, filles et garçons, considèrent que fonder une famille fait partie de leur projet de vie. Il est également prouvé que les premiers mois de la vie d'un enfant sont conditionnés par l'amour de ses parents et, dans ce sens, l'implication du père est certainement ce qu'il y a de plus raisonnable pour préserver l'équilibre du couple et de la famille. Une société sans pères est une société sans repères.

Prudent, ensuite. Dès lors, se pose la question de savoir pourquoi un congé-paternité de seulement 2 semaines. Par rapport aux 20 jours de l'initiative populaire ou aux propositions irréfléchies d'un congé parental de 16 semaines, 8 mois ou même 38 semaines – si l'on suit les solutions maximalistes de la Commission fédérale pour les questions familiales –, seul un projet modéré pourrait obtenir le soutien des milieux de l'économie. Et ceux-ci ont bien raison! Avant d'exiger des charges supplémentaires liées à un congé-paternité, il faut se poser la question de son financement et du retour sur investissement. On sait aujourd'hui qu'une entreprise offrant à ses employés de bonnes conditions pour concilier leur vie familiale et leur vie professionnelle peut obtenir un gain de productivité de 8 pour cent. Mais cela reste à prouver dans un système encore trop empêtré dans des contraintes administratives et bureaucratiques. Une chose est certaine, avec le contre-projet, il n'en coûterait que 224 millions de francs par an, avec des cotisations APG augmentées de 0,06 pour cent. Les entreprises qui accordent déjà des congés paternité verraien même d'un bon oeil ce financement légal et externe par les APG.

Approprié enfin. Nous savons tous, lors d'une naissance, à quels moments la présence d'un père est nécessaire: lors de l'accouchement, lors du retour de la mère à la maison et lors de sa reprise d'une activité professionnelle. Et c'est là l'une des clefs trop souvent oubliée du contre-projet: la possibilité de prendre le congé dans les six mois qui suivent la naissance de l'enfant, en bloc ou sous forme de journées isolées, en particulier lors de ces trois moments cruciaux.

Quant aux entreprises, en particulier les PME, qui craignent d'énormes problèmes organisationnels, ce modèle est le plus approprié. Faites le calcul: quelle est la probabilité dans une entreprise de dix à douze employés d'avoir deux jeunes pères de famille entre 30 et 49 ans, qui prennent leur congé-paternité en même temps, en sachant que le taux de fécondité en Suisse est inférieur à 1,5 enfant? La probabilité est nulle. Là aussi, si l'on veut convaincre les entrepreneurs d'octroyer de plus longs congés, il faut repenser le temps de travail. Celui-ci



ne doit plus être calqué sur des horaires fixes d'usine, mais approprié à une économie moderne de services où flexibilisation, souplesse, annualisation sont à l'avantage de l'employeur et de l'employé. Malheureusement, les mêmes milieux qui qualifient la Suisse de "lanterne rouge" en matière de congé-paternité sont ceux qui figent notre société dans leurs vues étatistes et égalitaristes.

Enfin, les garde-fous du contre-projet, que vous connaissez – avoir été assuré durant les neuf mois précédant la naissance de l'enfant, avoir exercé une activité lucrative durant cinq mois et être salarié, ou exercer une activité indépendante, le jour de la naissance –, permettent d'éviter des abus et le sentiment, dans la population, que l'on profite d'un cadeau, voire de vacances que l'on s'offrirait sur le dos des autres.

Nous avons besoin de pères, alors ne commettons pas d'impair et soutenons ce contre-projet raisonnable, prudent et approprié.

Maire Jacques-André (S, NE): En tant que membre du comité de l'initiative populaire, je vais vous dire en quelques mots ce qui nous a conduits à lancer cette initiative.

C'est bien sûr le refus de l'initiative parlementaire de notre collègue Candinas qui – cela a été rappelé tout à l'heure – est identique à la proposition du contre-projet indirect, mais qui à l'époque a été refusée. Et il ne faut pas oublier que ce refus faisait suite à plus de 25 autres refus de propositions déposées dans ce Parlement. Donc, au bout d'un moment, le comité de Travail Suisse, rejoint par de multiples associations, a décidé de lancer cette initiative populaire pour que le peuple puisse se prononcer. Un sondage réalisé – cela a aussi été rappelé tout à l'heure – montre que plus de 80 pour cent de la population est favorable à un congé-paternité de vingt jours. C'est pourquoi il nous semble légitime que le peuple puisse s'exprimer, pour aller, je dirai, à l'encontre des positions complètement rétrogrades de la majorité de notre Parlement et du Conseil fédéral. Ces positions ne sont plus défendables aujourd'hui. Le peuple doit pouvoir s'exprimer.

Il faut quand même rappeler qu'aujourd'hui de très nombreux travailleurs n'ont qu'un jour de congé lors d'une naissance. Quelques entreprises octroient un congé de 5 à 10 jours. Et un nombre beaucoup trop restreint d'entreprises, des grandes évidemment, qui ont des moyens, ou alors des collectivités publiques un tant soit peu progressistes, octroient des congés plus longs – je pense ici à des villes ou au canton de Neuchâtel, mon canton, qui vient d'introduire un congé-paternité de vingt jours pour tous ses collaborateurs. Or, hormis ces quelques exemples, la situation n'est plus admissible. La Suisse, je le rappelle, est le dernier pays d'Europe à ne posséder ni congé-paternité ni congé parental.

Bien sûr, le nerf de la guerre, me direz-vous, c'est le financement; on en parle déjà depuis quelques dizaines de minutes. Ce financement se base sur le même modèle que celui du congé maternité, c'est-à-dire le recours aux allocations pour perte de gain. Les comptes des APG, ces dernières années, sont dans les chiffres noirs, à tel point qu'au 1er janvier 2016, le Conseil fédéral a baissé le taux de cotisation aux APG de 0,5 à 0,45 pour cent. Personne n'en a parlé, ou, en tout cas, seules de très rares personnes l'ont signalé. On aurait pu s'attendre à ce que les milieux représentant les employeurs disent que c'était un gain de compétitivité, puisqu'aujourd'hui, lorsqu'on aimerait revenir simplement au taux d'avant 2016, on nous dit qu'on va perdre de la compétitivité.

C'est quand même un peu paradoxal. Quand on va dans le sens de l'économie, on ne gagne pas en compétitivité; mais quand on rétablit la situation, c'est semble-t-il catastrophique pour l'économie. Or, rien qu'avec le rétablissement du taux de cotisation à 0,5 pour cent, nous finançons le contre-projet. C'est en tout cas ce que montrent les évaluations. Pour financer l'initiative, il faudrait augmenter un peu le taux de cotisation, soit de 0,06 pour cent, et je rappelle que ces cotisations sont partagées entre l'employeur et l'employé. Là aussi, il s'agit d'un financement tout à fait supportable pour l'économie.

J'en viens à l'organisation du travail, puisqu'il semble que le congé-paternité serait catastrophique pour les PME. Je rappelle en passant que le modèle préconisé est souple, avec une négociation possible entre l'employeur et l'employé pour fixer les modalités du congé. Comme par hasard, ce modèle souple poserait des problèmes, alors qu'un modèle beaucoup plus rigide, celui des absences pour cause de service militaire, ne semble poser aucun problème. Or, avec le taux de naissance que nous connaissons actuellement, on parle d'une perte de 1,2 million de journées de travail par an pour un congé parental de 20 jours. Les obligations militaires occasionnent cinq fois plus de journées de travail perdues, soit 6 millions de journées par an, et cela ne pose apparemment pas de problème.

En conclusion, nous vous recommandons de soutenir l'initiative populaire et, si ce soutien devait être refusé, de soutenir au moins le contre-projet indirect qui constitue un premier

AB 2019 N 1459 / BO 2019 N 1459

petit pas dans la bonne direction. Mais à terme, c'est bien vers un congé parental que nous allons nous diriger.



C'est une évolution qui semble toute dessinée.

Je termine avec une citation du journaliste Jean-Marc Béguin, de la Radio romande, qui disait il y a quelques semaines: "Mesdames, Messieurs, assez de paternalisme. Que vive la paternité!"

Semadeni Silva (S, GR): Mezzo milione di donne! Il 14 giugno di quest'anno un mezzo milione di donne si è riversato sulle nostre piazze per rivendicare la realizzazione di quanto la Costituzione federale ci garantisce dal 1981: uguali diritti. E la legge ne assicura l'uguaglianza, di diritto e di fatto, in particolare per quanto concerne la famiglia, l'istruzione, il lavoro e il salario.

Dal 1981 sono passati tanti anni, si sono sì fatti progressi, ma queste mete restano attuali. In particolare l'uguaglianza di diritto e di fatto resta ancora un sogno per tanti. La divisione tradizionale dei ruoli penalizza le donne nel mondo del lavoro – e penalizza anche gli uomini che desiderano vivere effettivamente il loro ruolo di padre. Ben vengano dunque le iniziative atte a cambiare questa situazione, vieppiù anacronistica. Con un giorno solo di congedo pagato, quanto viene concesso oggi anche per un trasloco, la Svizzera occupa un posto in fondo alla classifica dei paesi dell'OCSE.

Oggi prendiamo atto di una tendenza confermata in vari sondaggi: sempre più giovani padri vogliono vivere più vicino ai loro figli, vogliono assumersi con la madre più responsabilità per la famiglia. L'amministrazione pubblica e alcune grandi imprese offrono già oggi un congedo di paternità. Questo aumenta l'attrattività dei posti di lavoro e facilita l'assunzione di personale qualificato. Non tutte le famiglie però ne possono approfittare o hanno i mezzi necessari per finanziare il congedo di paternità privatamente. Le organizzazioni della società civile e le rappresentanze dei lavoratori e delle lavoratrici richiedono perciò da anni un congedo di paternità per tutti.

L'iniziativa popolare "per un congedo di paternità ragionevole – a favore di tutta la famiglia" avanza una proposta moderata, dai costi contenuti. Vuole attribuire alla Confederazione il compito di istituire un'assicurazione che finanzia un congedo di paternità di almeno 20 giorni per tutti.

Il congedo è da prendere in modo flessibile entro un anno dalla nascita del bimbo.

Il controprogetto – già approvato dagli Stati – prevede un congedo pagato di 10 giorni, di cui i padri possono usufruire nei sei mesi seguenti la nascita del figlio, in blocco o in giornate singole. Come previsto anche per l'iniziativa, il controprogetto sarà finanziato mediante le indennità di perdita di guadagno, in modo analogo all'assicurazione maternità, con un leggero aumento dei contributi di 0,05 rispettivamente di 0,1 per cento.

Il congedo di paternità – meglio sarebbe un congedo parentale di 38 settimane, ma questo è musica dell'avvenire – rappresenta comunque un importante passo verso l'uguaglianza di diritto e di fatto fra uomo e donna nella famiglia. Fin quando ambedue i genitori non possono assumersi la responsabilità per i figli in modo paritario, le mete dell'articolo costituzionale restano difficili da raggiungere. Accettando l'iniziativa o almeno il controprogetto possiamo fare oggi uno di questi passi positivi per la società, un passo dai costi contenuti e più che giustificato per i padri e le madri – e per i bambini, che contano sulla presenza e l'amore di mamma e papà.

Gutjahr Diana (V, TG): Als Verantwortliche für ein klassisches mittelgrosses Familienunternehmen kenne ich die schwierige Koordination der Ferienplanung mit Militärabwesenheiten, Weiterbildungstagen, aber auch krankheits- und unfallbedingten Absenzen hautnah. Das ist, wenn ich nicht gerade in Bern bin, Teil meines Tagesgeschäfts. Das ist eine grosse Herausforderung. Doch damit haben wir uns wohl oder übel arrangiert. Es sind immer wieder individuelle Lösungen gefragt. Und diese sprechen wir mit den einzelnen Mitarbeitenden jeweils direkt ab. Auch in unserem Betrieb kennen wir die Wünsche und Bedürfnisse unserer rund hundert Mitarbeitenden und Lernenden in jeglicher Form. Und, ob Sie es glauben oder nicht, ich kann Ihnen sagen: Wir sprechen noch mit unseren Leuten. So kommen wir zu individuellen Lösungen. Und diese sind auf die gemeinsamen Möglichkeiten zugeschnitten. Ein kostentreibendes Gesetz hat es also nie gebraucht. Ein solches Gesetz braucht es auch in Zukunft nicht.

Vertrauen Sie mir! Als Arbeitgeberin aus einer Randregion kenne ich die Schwierigkeiten, die sich aus dem Fachkräftemangel ergeben. Das spürt insbesondere der Industriesektor. Aber auch die stetig zunehmenden Pendlerströme belasten sämtliche Branchen. Die Frage stellt sich: Wie positioniere ich mich als attraktive Arbeitgeberin? Als Unternehmerin bin ich es also gewohnt, immer wieder Lösungen zu kreieren; und zwar in einem rauen Umfeld, in dem ein enormer Preisdruck durch die in- und ausländische Konkurrenz besteht. Wir müssen uns also von anderen Anbietern abheben, sonst sind wir vom Markt weg. Begriffe wie "Individualität" oder "Hochlohninsel Schweiz" begleiten mich. Diese Initiative richtet sich gegen die Einzigartigkeit und vor allem gegen meine direkte Einflussnahme und meine Entscheidungskompetenz.

Wissen Sie eigentlich, was es heisst, täglich für sein Wirken im Unternehmen die volle Verantwortung zu



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2019 • Dritte Sitzung • 11.09.19 • 08h00 • 18.052
Conseil national • Session d'automne 2019 • Troisième séance • 11.09.19 • 08h00 • 18.052



tragen? Ich will keineswegs, dass sich der Staat immer noch mehr in die persönlichen Belange einmischt. Damit entzieht er punktuell Eigenverantwortung.

Offensichtlich vergisst man aber auch gerne, dass ein Arbeitsvertrag zwischen zwei Parteien abgeschlossen wird. Und wer sind die beiden Parteien? Es sind dies der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Zusammen regeln wir, was für uns beide passt, wobei wir Incentives vereinbaren können. Die Entscheidung liegt schlussendlich aber beim Arbeitnehmenden, ob er die Stelle will oder nicht.

Die Forderung nach einem Vaterschafts- oder Elternurlaub ist ein weiterer Schritt in Richtung Gleichmacherei; er schadet also mehr, als dass er nützt. Zudem verlieren innovative Unternehmen mit den staatlich verordneten Ferien einen wichtigen "unique selling point". Nachher wieder ein neues Alleinstellungsmerkmal aufzubauen liegt dann wieder in der Hand der Unternehmungen.

Nun, Abend für Abend höre ich in fast jeder Diskussion auf einer der Wahlveranstaltungen das Schlagwort "weniger Bürokratie". Dieses wird von allen Seiten in höchsten Tönen bejubelt.

Jetzt kommt auch noch die Eidgenössische Kommission für Familienfragen! Sie hat sich Anfang des Jahres für den Vaterschaftsurlaub ausgesprochen. Damit mischt sie sich direkt in die laufende politische Diskussion ein. Denken Sie nicht auch, dass sich eine staatlich finanzierte Kommission in der öffentlichen Debatte etwas zurückhaltender äussern sollte, dies insbesondere dann, wenn eine Volksabstimmung vor der Türe steht? Hier vermisste ich nicht nur Seriosität, sondern auch Glaubwürdigkeit.

Dann noch ein Satz zum Hohelied der Sicherung unserer Sozialwerke: Es geht doch nicht, dass wir mit diesem neuen Sozialwerk schon wieder ein Fass ohne Boden schaffen! Wir sollten uns zuerst um die bestehenden Sozialwerke kümmern.

Hiermit erhöhen wir unsere ohnehin schon hohen Produktionskosten in der Schweiz. Wer hat schlussendlich darunter zu leiden? Ich glaube, es sind in allererster Linie die Mitarbeitenden und die Betriebe. Es ist so: Einige Leute werden zwar mehr Ferien haben. Die Frage aber ist: Zu welchem Preis? Bereits nach rund zwei Jahren wäre die Erwerbsersatzordnung in die roten Zahlen geschlittert, und dies, nachdem man mühevoll daran gearbeitet hat, eine solide Basis zu schaffen. Das ist doch keine vorausschauende und seriöse Politik. Seien wir deshalb ehrlich zu unseren Bürgerinnen und Bürgern, und sagen wir, was auf dem Preisschild steht! Ich lehne deshalb die Initiative, den indirekten Gegenvorschlag sowie alle anderen Anträge ab.

Seiler Graf Priska (S, ZH): Bei der Geburt unserer ersten zwei Kinder hatten mein Mann und ich Glück: So, wie es sich für Kinder eines Lehrer-Ehepaars gehört, kamen sie kurz vor den Herbstferien und in den Sommerferien auf die Welt, ein

AB 2019 N 1460 / BO 2019 N 1460

perfektes Timing. Aber um Glück sollte es beim Thema Vaterschaftsurlaub nun wirklich nicht gehen.

Eigentlich kann ich es kaum glauben, dass wir heute tatsächlich über die Einführung eines 4- oder sogar nur 2-wöchigen Vaterschaftsurlaubs diskutieren. Das ist doch wirklich eine Selbstverständlichkeit und in allen anderen europäischen Ländern schon lange Realität.

Eigentlich ist der Vaterschaftsurlaub per se bereits gnadenlos überholt, bevor wir uns auch nur durchringen können, einen solchen einzuführen. Heute, wir haben es auch schon gehört, diskutiert man über eine Elternzeit, denn nur eine Elternzeit ermöglicht eine wirklich gleichberechtigte Aufgabenteilung zwischen den Elternteilen bezüglich Haus- und Erziehungsarbeit. Traditionelle Rollenmuster können so hinterfragt und neu definiert werden. Der Entscheid, wer nach der Elternzeit welchen Anteil an der Erwerbs- und Betreuungsarbeit übernimmt, basiert sodann auf echten und wertvollen Erfahrungen und ist ein wichtiger Beitrag zur tatsächlichen Gleichstellung. Das ist auch einer der Gründe, warum die SP im Kanton Zürich am Samstag ihre Elternzeit-Initiative lancieren wird.

Die Hälfte der OECD-Länder gewährt übrigens einen Mutterschaftsurlaub oder Elternzeit von mindestens 43 Wochen. In Anbetracht dieser Tatsache scheint es doch relativ absurd, wenn wir hier in der Schweiz ernsthaft über 2 oder 4 Wochen Vaterschaftsurlaub diskutieren. Aber eben, es ist nun halt so – also tun wir es.

Ich gehe nicht davon aus, dass es hier drin noch ernsthaft umstritten ist, wie wichtig der Vater nach der Geburt des Kindes ist und wie positiv sich die stärkere Beteiligung der Väter an der Betreuung auf die kognitive und emotionale Entwicklung des Kindes auswirkt. Dazu gibt es viele Studien aus zahlreichen Ländern.

Die Fragen, die sich hier offenbar stellen, sind folgende: Ist der Vaterschaftsurlaub Aufgabe des Staates, und können wir uns diesen überhaupt leisten? Beide Fragen können getrost mit einem überzeugten Ja beantwortet werden.

Laut einer Erhebung von Travail Suisse sind gerade Grossunternehmen grosszügig bezüglich Vaterschaftsurlaub. Google gibt Vätern 60 Tage frei, Volvo sogar 120 Tage. Auch öffentliche Arbeitgeber bieten oft deutlich



mehr als das gesetzliche Minimum; die Mehrheit der Kantone gewährt übrigens 5 bis 10 Tage Vaterschaftsurlaub. Es geht also, und das hat nicht nur mit reiner Menschenliebe zu tun, denn Vater- und Mutterschaftsurlaub – und vor allem natürlich eine gemeinsame Elternzeit – wirken sich positiv auf das Unternehmen aus. Die Produktivität und die Arbeitsplatzmoral steigen und darum folglich auch der Umsatz. Familienfreundlichkeit trägt viel zur Zufriedenheit der Mitarbeitenden bei und senkt dadurch auch die Personalfluktuationsrate. Das zahlt sich dann schlussendlich auch für das Unternehmen finanziell wieder aus.

Ein mehrwöchiger Vaterschaftsurlaub macht also Sinn und lässt sich mit der vorgeschlagenen Lösung auch finanzieren. Damit der Vaterschaftsurlaub aber nicht ein Privileg von Angestellten von grossen Unternehmen und der öffentlichen Hand bleibt, braucht es nun zwingend eine gesetzliche Lösung. Vaterschaftsurlaub für alle statt für wenige: ein erster Schritt Richtung Elternzeit. Der zweite Schritt, nämlich eine genügend lange Elternzeit, muss dann aber auch folgen.

In diesem Sinne unterstütze ich die Volksinitiative und den indirekten Gegenvorschlag sowie sämtliche Minderheiten.

Romano Marco (C, TI): La politica familiare deve evolvere con la società. Cambiano le abitudini, i ruoli e le aspettative tanto nella vita privata quanto nel mondo del lavoro. È innegabile, tutto va sempre più veloce e le esigenze sono costantemente in crescita. Nel mondo del lavoro giustamente si chiedono flessibilità e disponibilità, aumentano la complessità e la velocità. Ne consegue una crescita degli squilibri e una marcata tendenza all'individualismo. A risentirne sono la vita comunitaria, la disponibilità a condividere e il coraggio di assumersi la grande responsabilità di vivere un rapporto di coppia duraturo e di crescere una famiglia. Le statistiche in tutti questi ambiti mostrano chiaramente questa evoluzione: una individualizzazione e deresponsabilizzazione nei confronti della comunità e dello Stato.

L'introduzione di un congedo paternità minimo a livello nazionale – due settimane a tutti i neo-papà da utilizzare nei primi sei mesi dopo la nascita – non è una conquista, ma è un atto dovuto nei confronti delle famiglie, delle madri e dei padri, e dei figli che di fatto sono il futuro del paese.

Negli ultimi anni parecchie aziende, anche aziende medio-piccole, tanti cantoni e moltissimi comuni, hanno già introdotto questo istituto di politica familiare. Ora è il momento di fissare una base minima a livello nazionale. I tempi sono maturi, anzi, penso che lo si possa dire chiaramente, siamo in ampio ritardo.

La versione proposta è un compromesso ragionevole, utile e finanziariamente sostenibile, già proposto nel 2014 dal PPD. Spero che un'accettazione ampia porti al ritiro dell'iniziativa, in vista di futuri ulteriori sviluppi nella politica familiare. Forzando oggi e nei prossimi mesi la mano o andando in votazione popolare con lo scontro "due settimane contro quattro settimane", inaspiremmo il dibattito su futuri sviluppi assolutamente necessari. Faremmo solo il gioco di quella destra, che per questioni puramente ideologiche, lontana dalle vere necessità delle famiglie, non vuole nulla e che combatte anche questa proposta minimale.

Questa riforma nasce già vecchia, già superata da tempo, lo dimostrano le numerose proposte di minoranza che chiedono l'introduzione di varie forme di congedo parentale, a disposizione di entrambi i genitori.

È un passo in avanti, con grandissimo ritardo. Affermare che andava e va tutto bene anche senza il congedo paternità, che ho cresciuto una famiglia senza questo congedo o che è un costo eccessivo per l'economia, significa misconoscere l'evoluzione della nostra società. Non vergogniamoci di dire – e spero che sempre più uomini abbiano il coraggio di farlo – che si vuole il tempo per "fare i papà" e che non solo si "è papà". Vent'anni fa magari era machismo o egoismo, questo non lo si poteva dire. Oggi credo che vada detto e che questa riforma vada difesa anche per questo motivo – ci vuole del tempo per "fare il papà" e non solo "essere papà" dal punto di vista biologico.

L'accettazione del congedo nella popolazione è molto ampia – lo dimostrano tantissimi sondaggi – e altre riforme non vanno messe nel cassetto. Cito nuovamente il congedo parentale, strumento che se sviluppato con pragmatismo e flessibilità permetterà di meglio conciliare gli impegni fondamentali della vita, ripartendoli in maniera eguale, flessibile e strutturata, in maniera pensata tra le madri e i padri. Oggi c'è questa volontà, e lo Stato sociale deve prenderne atto in maniera pragmatica, predisponendo gli strumenti necessari.

Quale Svizzera vogliamo fra vent'anni? Come PPD vogliamo una Svizzera non egoista ed individualista, una Svizzera dove costruire una famiglia sia ancora a misura di tutti. Oggi di fatto questo non lo è, perché le esigenze nel mondo del lavoro, le disponibilità finanziarie, il quadro sociale non lo rendono più possibile a tutte le famiglie. Prendiamone atto, non neghiamolo, e creiamo condizioni migliori. Per questo motivo l'introduzione del congedo paternità è urgente, è un passo moderato e sostenibile.

Quindi sì al controprogetto, no all'iniziativa!

Moret Isabelle (RL, VD): Le monde a changé. La société a évolué. Nous ressentons une vraie attente chez



les jeunes parents, celle que le père puisse aussi participer à la vie de l'enfant dès la naissance. Nous devons répondre à cette attente. Mais le congé-paternité doit s'inscrire dans un projet plus global, un projet de véritable politique familiale, une politique familiale qui permettrait à la famille de s'organiser comme elle veut.

Le congé-paternité est l'une des mesures permettant d'atteindre cet objectif. Pourquoi? Le congé-paternité intervient lors de la naissance de l'enfant. Et lorsque l'enfant va à l'école, alors? Voilà pourquoi il nous faut une politique familiale globale, c'est-à-dire suffisamment de places dans les crèches et les garderies, des déductions pour frais de garde jusqu'à 25 000 francs, une égalité salariale entre les femmes et les hommes et une cotisation au deuxième pilier dès le

AB 2019 N 1461 / BO 2019 N 1461

premier franc pour que les femmes puissent avoir une retraite suffisante.

"Chi va piano va sano e va lontano". Actuellement, le congé-paternité est d'un jour contre trois pour le mariage. En passant à dix jours de congé-paternité, nous multiplions ce congé par dix. Est-ce qu'il y a beaucoup de projets sociaux en Suisse où on fait dix fois plus?

Voilà pourquoi je soutiens un congé-paternité de 2 semaines: un premier pas et une des pierres à l'édifice d'une véritable politique familiale.

Feri Yvonne (S, AG): Vater zu werden ist ein Privileg, das Rechte und Pflichten mit sich bringt. Vaterschaftsurlaub sollte beides sein.

Die OECD-Länder gewähren im Durchschnitt eine Elternzeit von 54 Wochen. Mehr als die Hälfte von ihnen bieten mindestens 43 Wochen. Als einziges Land Europas kennt die Schweiz weder einen bezahlten Vaterschaftsurlaub noch das Recht auf einen unbezahlten. Lediglich ein freier Tag wird dem werdenden Vater gewährt – bescheiden!

Nun machen wir endlich einen Schritt vorwärts. Es gibt viele Gründe für einen längeren Vaterschaftsurlaub in der heutigen Zeit. Abgesehen davon ziehe ich die Bezeichnung "Vaterzeit" vor – aber das nur nebenbei. Es geht ja dabei nicht darum, Urlaub zu machen, sondern sich dem Kind zu widmen und die Familie als Ganzes zu entlasten. Alle, die eigene Erfahrungen damit gemacht haben, können mir sicher zustimmen: Urlaub sieht anders aus.

Die Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen hat 2018 wissenschaftlich fundierte Argumente und Empfehlungen für eine Elternzeit herausgegeben. Sie zählt neun Gründe auf; ich möchte auf einige davon eingehen.

Elternzeit fördert die Vater-Kind-Beziehung. Laut Entwicklungspsychologen spielt die Elternbindung in der früh-kindlichen Phase eine wichtige Rolle. Mit einem Vaterschaftsurlaub bzw. einer Elternzeit kann das Kind zu den beiden wichtigsten Bezugspersonen eine stabile und enge Beziehung aufbauen. Leider bleiben nicht alle Elternbeziehungen auch als Paarbeziehung bestehen: Bei einer allfälligen Trennung bleiben heute vielfach die Kinder immer noch bei der Mutter. Sind aber die Eltern gleichberechtigte Bezugspersonen, eröffnet dies Vätern und Müttern neue Möglichkeiten zur Aufteilung des Obhutsrechts.

Elternzeit erhöht die Erwerbstätigkeit der Mutter. 18 Prozent der teilzeiterwerbstätigen Frauen in der Schweiz würden gerne mehr arbeiten. Es ermöglicht ihnen, qualifiziertere Stellen anzunehmen. Sie zahlen folglich mehr Steuern, sind durch die Erhöhung ihres Pensums finanziell unabhängiger und können durch höhere Beiträge in die erste und zweite Säule ihre Altersvorsorge verbessern. Das wiederum bringt Einsparungen im EL-Bereich. Elternzeit lohnt sich für Unternehmen. Das Schlagwort "Fachkräftemangel" ist in aller Munde. Eine Elternzeit ermöglicht es einer Frau, im Erwerbsleben zu bleiben, ohne auf den Kinderwunsch zu verzichten, und dies, wie wir vorhin gehört haben, sogar zu einem grösseren Pensum. Die Unternehmen profitieren also von einer geringeren Fluktuation und mehr Fachpersonen.

Elternzeit ist volkswirtschaftlich ein Gewinn. Umfassende Literaturanalysen widerlegen die häufig aufgeführten ökonomischen Bedenken. Es gibt Berechnungen, die besagen, dass eine einprozentige Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen genügt, um über die höheren Steuereinnahmen die Kosten für eine Elternzeit von 18 bis 20 Wochen zu decken, und dies bei einer hundertprozentigen Entschädigung für die Eltern. Wer also kann noch dagegen sein?

Elternzeit fördert die Gleichstellung zwischen Mann und Frau. Hier möchte ich betonen, dass ein Vaterschaftsurlaub in der Schweiz nicht auf Kosten des 14-wöchigen Mutterschaftsurlaubs gehen darf. Der Vaterschaftsurlaub soll eine Ergänzung sein. Eine schwedische Studie zeigt, dass bei einem zweimonatigen Vaterschaftsurlaub der Respekt der Männer vor der Betreuung und der Hausarbeit ansteigt. Damit wird eine gleichberechtigte Aufteilung aller Aufgaben gefördert.

Alle diese Gründe helfen den Eltern, Erwerbs- und Hausarbeit einfacher zu vereinbaren. Sie haben besse-



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2019 • Dritte Sitzung • 11.09.19 • 08h00 • 18.052
Conseil national • Session d'automne 2019 • Troisième séance • 11.09.19 • 08h00 • 18.052



re Voraussetzungen, die anstehenden Aufgaben, Arbeiten und Herausforderungen gerechter untereinander aufzuteilen und in einem modernen Familienverband zu leben. Wir müssen anerkennen, dass sich die gesellschaftlichen Bedürfnisse verändert haben. Der momentan im Raum stehende Vorschlag ist ein bescheidenes Zeichen.

Setzen wir wenigstens dieses Zeichen für eine zeitgemäss Familienpolitik, und sagen wir Ja zur Initiative und Ja zum Gegenvorschlag!

Hardegger Thomas (S, ZH): Eigentlich müsste der Vorschlag für eine grosszügige Elternzeit von der Wirtschaft kommen: Familienfreundliche Programme lohnen sich auch finanziell für die Unternehmen. Das belegen Studien aus Deutschland und der Schweiz. Firmen sind so attraktive Arbeitgeber und haben motiviertere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Produktivität, der Umsatz und die Arbeitsplatzmoral steigen. Dank weniger Personalfluktuation sinken auch die Kosten für die Personalsuche und die Einarbeitung. Das alles lässt sich in der Studie der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen nachlesen.

Darum ist es unverständlich, dass wir überhaupt über die Sinnhaftigkeit von Elternzeit und das Bedürfnis danach debattieren müssen, umso mehr, als die Schweiz bezüglich Elternzeit bei den OECD-Ländern das unrühmliche Schlusslicht bildet.

Ich persönlich werde keine Elternzeit mehr beanspruchen, und Grosselternzeit ist nicht Bestandteil der Vorlage. Gerne gebe ich Ihnen aber meine Erfahrungen als Vater dreier erwachsener Kinder, als ehemaliger Lehrer und als Grossvater weiter, die für eine angemessene Elternzeit sprechen. Bei der Geburt meiner Kinder waren beide Grosselternpaare noch voll im Erwerbsleben und standen nicht für die Betreuung zur Verfügung. Mein Glück war, dass ich als Lehrer die Arbeit in der unterrichtsfreien Zeit weitgehend selber organisieren konnte. Doch dies ist immer noch nur in den wenigsten Branchen möglich.

Die Elternzeit hat einen grossen Einfluss auf die Gesundheit der Kinder und der Mütter. Als ehemaliger Lehrer kann ich Ihnen bestätigen, dass der Lernerfolg auch damit zusammenhängt, wie gut die Beziehungen innerhalb der Familie sind. Die kognitive und emotionale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen basiert auf guten Beziehungen, die sich bereits in den ersten Lebenswochen aufzubauen beginnen. Diese Erfahrungen mit den guten Beziehungen werden sich später auf eine ganze Menge von Gleichstellungsfragen auswirken; so auf die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, so auf die Aus- und Weiterbildung der Eltern, bis hin zu Erwerbslücken und Rentenansprüchen.

Nun, im Alter des stolzen Grossvaters, beschäftigt mich aber auch der ständige Versuch, die Generationensolidarität aufzubrechen und die Jungen gegen die Alten aufzubringen. Die Einführung einer angemessenen Elternzeit ist darum auch ein wichtiger Beitrag für die Generationensolidarität.

Die Diskussion um den eigentlich mickrigen Vaterschaftsurlaub zeigt eindrücklich, wie viel Überzeugung noch nötig ist, damit das Verständnis der Generationen füreinander erhalten bleibt. Die gegenseitige Unterstützung wird wichtiger sein als das Geschacher, wer wie viel Leistung in die Sozialwerke einbezahlt hat. Die Älteren haben die Ausbildung der Jungen bezahlt, die Infrastrukturen, mit denen diese heute Wertschöpfung generieren können. Die Jungen tragen im Umlageverfahren etwas an die Renten bei, müssen dafür aber auch nicht mehr, wie dies noch vor der Einführung der AHV der Fall war, die Lebenshaltungskosten der Betagten bezahlen.

Der Vaterschaftsurlaub, wie ihn die Volksinitiative fordert, ist nur ein kleiner Schritt vorwärts im Bestreben, den Eltern mehr Zeit für ihre Kinder zu ermöglichen. Wir Grosseltern, und davon hat es einige im Saal, stärken damit immerhin die Generationensolidarität, und weil wir noch im Erwerbsleben stehen, ermöglichen wir jungen Paaren, mit Freude Eltern zu werden und Zeit für Partnerschaft und Kinder zu haben.

Ich danke Ihnen für die Unterstützung der diversen Anträge.

AB 2019 N 1462 / BO 2019 N 1462

Walliser Bruno (V, ZH): Vorweg: Eltern zu werden ist ein wunderbares und freudiges Ereignis. Eltern zu werden ist ein privater Wunsch. Eltern zu werden muss nicht durch einen staatlich verordneten Vaterschaftsurlaub belohnt werden.

Etliche unserer Sozialwerke, so insbesondere die AHV, die berufliche Vorsorge und die Invalidenversicherung, befinden sich in einer prekären finanziellen Schieflage. Die Ausgaben für das Gesundheitswesen, die Ergänzungsleistungen, die Sozialhilfe steigen stetig. Vor diesem Hintergrund kann es nicht angehen, den Sozialstaat Schweiz noch weiter auszubauen und neue Lohnkosten zu verursachen.

Ein 2-wöchiger Vaterschaftsurlaub verursacht gemäss Bericht der SGK des Ständerates direkte Kosten von 224 Millionen Franken, der mittels Volksinitiative geforderte 4-wöchige Vaterschaftsurlaub in etwa das Doppelte. Mehrkosten in dieser Höhe schaden dem Wirtschaftsstandort Schweiz und insbesondere den KMU; sie sind



darum abzulehnen. Gerade für Klein- und Kleinstbetriebe stellen nicht nur die Mehrausgaben ein gravierendes Problem dar, sondern auch die zusätzlichen Absenzen, die die Einführung eines gesetzlich vorgeschriebenen Vaterschaftsurlaubs mit sich bringen würde. Klein- und Kleinstbetriebe müssen aufgrund ihrer meist stark eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten mit einem Minimum an Beschäftigten auskommen, echte Stellvertretungen gibt es nur selten. Jede Abwesenheit eines Mitarbeiters verursacht in diesen Betrieben sofort organisatorische Schwierigkeiten.

Der Entscheid des Bundesrates, die Vaterschaftsurlaubs-Initiative abzulehnen und auf einen Gegenvorschlag zu verzichten, ist das einzige Richtige. Der Sozialstaat hat die Grenzen des finanziell Tragbaren längst erreicht. Wirtschaft und Erwerbstätige sind nicht länger bereit, Mehrkosten zu tragen, und möchten keine höheren Beiträge und Lohnabzüge. Auf Gesetzesstufe braucht es darum keine neuen Vorgaben. Die Ablehnung der Gewerkschafts-Initiative "AHV plus: für eine starke AHV" sowie das doppelte Nein zur Reform Altersvorsorge 2020 zeigen überdeutlich, dass die Stimmberchtigten keinen weiteren Sozialausbau wollen.

Die Volksinitiative zur Einführung eines mindestens 4-wöchigen Vaterschaftsurlaubs sowie der indirekte Gegenvorschlag hätten unweigerlich höhere Lohnbeiträge zur Folge. Sie liegen daher quer in der politischen Landschaft und sind klar abzulehnen. Junge Väter und Familien haben heute vielfältige Möglichkeiten: Die Flexibilisierung des Arbeitsortes und der Arbeitszeiten ermöglicht eine gute Kombination von Familie und Beruf.

Aus meiner Sicht ist es Sache der Sozialpartner, gegebenenfalls dort Branchenlösungen zu finden, wo ein Bedürfnis besteht. Eine gesetzliche Regelung braucht es daher nicht. Der Staat hat sich hier herauszuhalten. Aus diesen Gründen sind Initiative sowie Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Für die Volksabstimmung bin ich sehr zuversichtlich. Welches Volk hat schon freiwillig auf eine zusätzliche Woche Ferien für alle verzichtet? Das gleiche Stimmvolk wird auch auf diesen Urlaub verzichten.

Regazzi Fabio (C, TI): Chi vi parla sino ad un paio d'anni fa era un convinto oppositore del congedo paternità. Condividevo la posizione odierna del Consiglio federale, espressa anche da alcuni colleghi, e ritenevo che occorresse privilegiare lo sviluppo di soluzioni individuali a livello di contratti collettivi o aziendali all'interno di un dialogo tra le parti: datori di lavoro e dipendenti.

Vi antipropongo le conclusioni affermando che sosterrò il controprogetto indiretto all'iniziativa popolare "per un congedo di paternità ragionevole – a favore di tutta la famiglia" e che invece respingerò l'iniziativa poiché a mio avviso va troppo lontano, anche se ha sicuramente avuto il merito di provocare un ampio dibattito su questo tema. Come detto qualche anno fa avrei respinto entrambe le proposte.

Errare è umano. Non solo è lecito, ma è pure utile. Ci fa scoprire nuovi punti di vista, nuovi elementi della realtà che non avevamo considerato prima. Questo è il motivo per cui abbiamo il dovere, e non solo il diritto, di cambiare idea. Io l'ho fatto partendo dal mio osservatorio di imprenditore, dopo essermi anche confrontato con alcuni collaboratori e collaboratrici della mia azienda.

Fino a un recente passato gli strumenti di conciliabilità fra vita familiare e lavorativa erano poco diffusi, almeno in Ticino. Nelle aziende, fatte salve alcune grandi organizzazioni sensibili al tema del welfare aziendale, il congedo paternità era uno strumento piuttosto raro. Venivano perlopiù accordati uno o due giorni per la nascita del figlio o al massimo cinque giorni come nel caso della metal-meccanica, settore nella quale opera la mia azienda.

Oggi osservo come i piani di welfare aziendale stanno registrando una crescita dell'attenzione nei confronti dei neo-papà, che però il quadro giuridico attuale non incentiva. Gli ostacoli che le normative in vigore a volte oppongono alle iniziative di welfare aziendale sono fra l'altro state oggetto di un mio postulato presentato il giugno scorso, purtroppo preavvisato negativamente dal Consiglio federale.

Eppure si tratta di agevolazioni che non solo accolgono delle aspettative da parte delle proprie collaboratrici e collaboratori, ma che si traducono anche in benefici per l'azienda: un migliore equilibrio e benessere tra vita e lavoro ha ricadute positive in termini di produttività individuale e collettiva e incrementa l'attrattività dell'azienda nella ricerca di profili specializzati.

Da parte mia ho sostenuto le misure messe sinora in atto dal Consiglio federale e da questo Parlamento nella promozione della creazione di nuovi posti di custodia per i bambini. Tuttavia, questi incentivi non possono rimanere gli unici messi in campo dalla Confederazione negli ultimi 15 anni. Significherebbe che anche il Consiglio federale, quando parla di conciliazione tra famiglia e lavoro, pensa quasi automaticamente e unicamente alla madre.

Oggi sappiamo che il rapporto tra genitorialità e impiego non è solo e unicamente, perdonatemi l'espressione, un discorso tra e per donne. In questo senso l'economia privata sta mutando velocemente. Sono sempre più



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2019 • Dritte Sitzung • 11.09.19 • 08h00 • 18.052
Conseil national • Session d'automne 2019 • Troisième séance • 11.09.19 • 08h00 • 18.052



numerose le organizzazioni sia sul piano privato-aziendale sia a livello pubblico che riconoscono dei benefit ai neo-padri all'interno di programmi di welfare aziendale.

L'introduzione di un congedo paternità generalizzato di 10 giorni, oltre a rispondere a una tendenza già in atto, estende questa misura a tutti i collaboratori sul territorio svizzero. Contribuisce anche a riconoscere che la maternità, per la quale da diversi anni viene già concesso un congedo, e la paternità di cui parliamo oggi generano abilità trasversali utili non solo per la sfera privata ma anche per quella lavorativa. Conferire alla popolazione maschile un quadro legale entro il quale viene riconosciuto il suo ruolo della paternità nella cura della famiglia, significa in definitiva attribuirne non solo un valore economico ma anche un valore di società che caratterizza il ruolo dei padri oggi.

Per questi motivi, come già preannunciato all'inizio del mio intervento, sosterrò unicamente il contropunto indiretto all'iniziativa popolare "per un congedo di paternità ragionevole – a favore di tutta la famiglia". Lo ritengo un primo passo ragionevole in vista della futura discussione – che sarà inevitabile – sul congedo parentale, soluzione che probabilmente meglio risponde alle aspettative odierne.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 12.55 Uhr
La séance est levée à 12 h 55*

AB 2019 N 1463 / BO 2019 N 1463